

NIEDERSCHRIFT
ÜBER DIE 20. SITZUNG DES KREISTAGES DES RHEIN-LAHN-KREISES
IN DER 10. WAHLPERIODE AM 10.12.2018
IN BAD EMS

Es sind anwesend:

A. Vorsitzender:

Herr Landrat Frank Puchtler Oberneisen

B. Kreisbeigeordnete:

Frau Erste Kreisbeigeordnete Gisela Bertram Nievern
(bis einschl. 1.3.a)

Herr Kreisbeigeordneter Karl Werner Jüngst Niederneisen

Herr Kreisbeigeordneter Horst Gerheim Obernhof

C. Mitglieder des Kreistages:

Herr Aslan Basibüyük Dachsenhausen

Frau Monika Becker Winden

Herr Matthias Boller Lahnstein

Herr Klaus Brand Ehr

Herr Karl Peter Bruch *(bis einschl. 1.3.a)* Nastätten

Herr Jörg Denninghoff Allendorf

Herr Christoph Ferdinand Lahnstein

Herr Manfred Friesenhahn Weisel

Frau Erika Fritsche Winden

Herr Harald Gemmer Katzenelnbogen

Herr Carsten Göller Eschbach

Herr Günter Groß Lahnstein

Herr Werner Groß Lahnstein

Herr Jens Güllering Kestert

Herr Bernd Hartmann Gemmerich

Herr Heinz Keul *(bis einschl. 1.3.a)* Fachbach

Herr Horst Klöppel Katzenelnbogen

Herr Hans-Josef Kring Lykershausen

Herr Peter Labonte Lahnstein

Herr Matthias Lammert Diez

Frau Gabriele Laschet-Einig Lahnstein

Herr Johannes Lauer Lahnstein

Herr Franz Lehmler Nievern

Herr Ulrich Lenz Katzenelnbogen

Herr Hans-Wilhelm Lippert Scheidt

Herr Dennis Maxeiner	Dahlheim
Herr Dietmar Meffert	Diez
Frau Ursula Ohl	Altendiez
Herr Ernst-Georg Peiter	Miehlen
Herr Udo Rau	Nassau
Herr Oliver Sacher	Gemmerich
Herr Peter Schleenbecker	Katzenelnbogen
Frau Eva Schmidt	Singhofen
Herr Michael Schnatz	Diez
Herr Thomas Scholl	Oelsberg
Frau Evelin Stotz	Schiesheim
Herr Birk Utermark	Bad Ems
Frau Irmtraud Wahlers	Fachbach
Herr Mike Weiland	Kamp-Bornhofen
Herr Joseph Winkler	Bad Ems
Frau Rita Wolf	Braubach

D. Es fehlen:

Herr Raimund Friesenhahn	Dahlheim
Herr Hans-Josef Kring	Lykershausen

E. Von der Verwaltung:

Herr Büroleiter Friedhelm Rücker
Herr stellv. Büroleiter Thorsten Butzke
Herr Abteilungsleiter Bernd Menche
Herr Abteilungsleiter Dieter Petri
Herr stellv. Abteilungsleiter Christoph Borel-Jaquet
Herr Abteilungsleiter Manfred Crecelius
Herr Abteilungsleiter Jürgen Nickel
Frau Abteilungsleiterin Beate Mies
Frau Abteilungsleiterin Dr. Hildegard Hamm
Frau Roswitha Kästner
Herr kaufm. Werkleiter Thomas Fischbach
Herr techn. Werkleiter Günther Müller
Herr Kreisentwickler Benjamin Braun
Frau Severin Holl
Frau Jessica Rosstäuscher
Herr Guido Erler
Herr Joachim Schneider
Frau Katharina Keller
Herr Pascal Danzer
Frau Christina Bahcecioglu
Frau Michelle Nelles

Herr Markus Lewentz, Personalratsvorsitzender
Herr Pressereferent Uwe Rindsfüßer

F. Schriftführer:

Herr Timm Jörnhs

G. Gäste:

Frau Ministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler
Herr Jöckel, Rhein-Zeitung
Herr Frank, Blick-Aktuell

Der **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung des Kreistages um 17:00 Uhr und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest.

Gegen die Tagesordnung werden keine Einwendungen erhoben bzw. keine weiteren Änderungswünsche vorgetragen, so dass diese wie folgt einstimmig beschlossen wird:

I. Öffentliche Sitzung:

1. Genehmigung der Niederschrift
2. Haushalt des Rhein-Lahn-Kreises;
 - a) Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan des Rhein-Lahn-Kreises für das Haushaltsjahr 2019 (inkl. Anlagen)
 - b) Beratung und Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2019 für das Forsteinrichtungswerk Rhein-Lahn-Kreis Abfallwirtschaft (Forstwirtschaftsplan 2019)
 - c) Beratung und Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2019 des Eigenbetriebes Rhein-Lahn-Kreis Abfallwirtschaft
 - d) Integrationspauschale
3. Beratung und Beschlussfassung über die Vergabe von Transport- und Sammeldienstleistungen für die Abfallwirtschaft im Rhein-Lahn-Kreis ab dem 01.01.2020
4. Bestellung eines sachverständigen Abschlussprüfers für den Eigenbetrieb Rhein-Lahn-Kreis Abfallwirtschaft
5. Kreisimmobilien;
 - a) Multifunktionshalle Goethe-Gymnasium Bad Ems
 - b) Freiherr-vom-Stein-Schule Lahnstein
6. Feuerwehrwerkstatt
7. Bericht der Besuchskommission nach § 29 des Landesgesetzes für psychisch kranke Personen (PsychKG) über die Begehung der fakultativ geschützten Station des St. Elisabeth-Krankenhauses in Lahnstein
8. Sachstandsbericht Mittelrheinbrücke

9. Gesundheitsversorgung im Rhein-Lahn-Kreis;
 - a) Gespräch mit der Gesundheitsministerin
 - b) Rhein-Lahn-Ärzte Nachwuchsprogramm
10. Anträge und Anfragen der Kreistagsfraktionen und -mitglieder;
 - a) Antrag der CDU-Kreistagsfraktion „Einführung eines Medizinstipendiums“
 - b) Antrag der CDU-Kreistagsfraktion „Evaluierung Schulentwicklungskonzept“
11. Einwohnerfragestunde
12. Mitteilungen der Verwaltung, Verschiedenes

II. Nichtöffentliche Sitzung:

(...)

I. Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung bittet der **Vorsitzende**, den im Laufe des Jahres verstorbenen ehemaligen Mitgliedern des Kreistages und ehemaligen Ausschussmitgliedern zu gedenken.

- ❖ Herr Jens-Peter Löytved-Hardegg verstarb am 12. Januar 2018.
Herr Löytved-Hardegg war von 1991-1994 Kreisbeigeordneter und erhielt 1994 die Ehrenplakette des Rhein-Lahn-Kreises.
- ❖ Herr Edi Wolf (FWG) verstarb am 09. Juni 2018.
Herr Wolf war von 1993-1994 und von 1999-2014 Mitglied des Kreistages, von 1999-2014 Mitglied des Kreisausschusses, von 1999-2014 Mitglied des Rechnungsprüfungsausschusses, von 1999-2004 und von 2009-2014 stv. Mitglied des Sportstättenbeirates, von 1999-2014 Hauptversammlung Landkreistag, 1999-2018 Regionalvertretung Planungsgemeinschaft Mittelrhein/Westerwald
Für seine Verdienste wurde er 1994 mit der Ehrenplakette des Rhein-Lahn-Kreises, 2003 mit der Ehrennadel des Landes Rheinland-Pfalz und 2013 mit der Freiherr-vom-Stein Plakette ausgezeichnet.

Den Verstorbenen gebühre in dankbarer Erinnerung Anerkennung und Respekt.

Punkt 1:

Genehmigung der Niederschrift

Gegen die vorgelegte Niederschrift der 19. Sitzung des Kreistages in der 10. Wahlperiode vom 24.09.2018 werden keine Änderungswünsche vorgetragen und keine Einwendungen erhoben, so dass die Niederschrift einstimmig genehmigt wird.

Punkt 2:

Haushalt des Rhein-Lahn-Kreises;

a) Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan des Rhein-Lahn-Kreises für das Haushaltsjahr 2019 (inkl. Anlagen)

b) Beratung und Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2019 für das Forsteinrichtungswerk Rhein-Lahn-Kreis Abfallwirtschaft (Forstwirtschaftsplan 2019)

c) Beratung und Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2019 des Eigenbetriebes Rhein-Lahn-Kreis Abfallwirtschaft

Es folgt die Rede des **Vorsitzenden** zum Kreishaushalt 2019 sowie zum Forstwirtschaftsplan 2019 für das Forsteinrichtungswerk Rhein-Lahn-Kreis Abfallwirtschaft und zum Wirtschaftsplan 2019 des Eigenbetriebes Rhein-Lahn-Kreis Abfallwirtschaft (Anlage 1).

Im Anschluss folgen zum Kreishaushalt 2019 bzw. zum Forstwirtschaftsplan 2019 des Forsteinrichtungswerks und zum Wirtschaftsplan 2019 des Eigenbetriebes Abfallwirtschaft die Redebeiträge von

- Herrn **Göller** für die SPD-Kreistagsfraktion (Anlage 2),
- Herrn **Lammert** für die CDU-Kreistagsfraktion (Anlage 3),
- Herrn **Hartmann** für die FWG-Kreistagsfraktion (Anlage 4),
- Herrn **Winkler** für die Kreistagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen (Anlage 5),
- Herrn **Sacher** für die LKR-Kreistagsfraktion (Anlage 6),
- Frau **Becker**, FDP, (Anlage 7) und
- Herrn **Lenz**, Die Linke, (Anlage 8).

Herr **Utermark** bedankt sich für die gute Arbeit des Eigenbetriebes Rhein-Lahn-Kreis Abfallwirtschaft und lobt die kompetente Betriebsführung, insbesondere möchte er den vielen Mitarbeitern der Müllentsorgung Danke sagen.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, stellt der **Vorsitzende** die Beschlussvorschläge zur Abstimmung.

a) Die Mitglieder des Kreistages beschließen mehrheitlich bei einer Gegenstimme die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2019 inkl. Anlagen in der vorliegenden Fassung.

b) Die Mitglieder des Kreistages stimmen dem Forstwirtschaftsplan des Forsteinrichtungswerkes Rhein-Lahn-Kreis Abfallwirtschaft für das Betriebsjahr 2019 einstimmig zu.

c) Die Mitglieder des Kreistages stimmen dem Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Rhein-Lahn-Kreis Abfallwirtschaft für das Wirtschaftsjahr 2019 einstimmig zu.

d) Integrationspauschale

Der **Vorsitzende** erläutert die Sitzungsvorlage und beantwortet die von Herrn Lenz in dessen Haushaltsrede aufgeworfene Frage zum Verteilungsschlüssel. Die Verteilung der Gelder richte sich nach der Größenordnung der Verbandsgemeinde orientiert an dem Prinzip des Königsteiner Schlüssel.

Die Mitglieder des Kreistages beschließen einstimmig von den dem Rhein-Lahn-Kreis zugewiesenen Mitteln aus der Integrationspauschale für die Jahre 2018 und 2019 jeweils 50% an die Verbandsgemeinden und die Stadt Lahnstein weiterzuleiten. Als Verteilungsschlüssel dienen hierbei für die Integrationspauschale 2018 die Einwohnerzahlen zum 30.09.2018 und für die Integrationspauschale 2019 die Einwohnerzahlen zum 31.03.2019.

*Hinsichtlich der beschlossenen Tagesordnung bittet der **Vorsitzende**, den bisherigen Tagesordnungspunkt I.9. „Gesundheitsversorgung im Rhein-Lahn-Kreis“ aus organisatorischen Gründen entsprechend vorzuziehen und unter Tagesordnungspunkt I.3. zu behandeln. Die folgenden Tagesordnungspunkte verschieben sich in der Reihenfolge entsprechend.*

Hiergegen werden keine Einwendungen erhoben, sodass die Änderung der Tagesordnung einstimmig beschlossen wird.

Punkt 3:

Gesundheitsversorgung im Rhein-Lahn-Kreis;

a) Gespräch mit der Gesundheitsministerin

Der **Vorsitzende** nimmt Bezug zur Sitzungsvorlage und bekräftigt das Vorhaben, mit der Einrichtung der Kreisgesundheitskonferenz Perspektiven für eine flächendeckende ärztliche Versorgung mit einer breiten Kliniklandschaft zu schaffen. Er begrüßt die rheinland-pfälzische Gesundheitsministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler und bittet diese, aus Sicht des Landes über die Gesundheitsversorgung im Rhein-Lahn-Kreis zu informieren.

Frau **Bätzing-Lichtenthäler** bedankt sich für die Einladung und gibt in der Folge einen Überblick über die verschiedenen Ideen auf Landesebene, wie die Gesundheitsversorgung in einem Flächenland wie Rheinland-Pfalz auch in der Zukunft sichergestellt werden kann. Dabei bezeichnet sie die Einrichtung der Kreisgesundheitskonferenz als vorbildlich. Derzeit sei der Rhein-Lahn-Kreis noch ausreichend versorgt, man stehe aber vor großen Herausforderungen. Zum einen würden viele Allgemeinmediziner in absehbarer Zeit in den Ruhestand gehen. Zum anderen entscheiden sich nur noch etwa zehn Prozent der Medizinstudenten für die Allgemeinmedizin. Zudem sei der Frauenanteil unter den Studierenden aktuell auf mehr als siebenzig Prozent gestiegen. So sei die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für junge Ärztinnen in der Zukunft nur schwer zu bewerkstelligen. Zusammen mit starken Partnern wie der kassenärztlichen Vereinigung, der Landesärztekammer, des Hausarztverbandes, der Unimedizin und den Kommunen habe die Landesregierung be-

reits vor über zehn Jahren einen Masterplan zur Sicherstellung der ambulanten ärztlichen Versorgung entwickelt und jüngst fortgeschrieben. Sie nennt Beispiele des erarbeiteten Maßnahmenbündels wie etwa die Einrichtung eines Lehrstuhls Allgemeinmedizin an der Universität Mainz, regionale Weiterbildungsverbände oder Wiedereinstiegskurse für pausierende Ärzte. Neben studienbegleitenden Maßnahmen und finanziellen Förderungen kommt aktuell die Landarzt offensive. Diese beinhaltet den Zugang zum Medizinstudium auch ohne 1,0 Abitur, wenn die Bewerber sich verpflichten, im Anschluss für zehn Jahre auf dem Land tätig zu sein. Zur stationären Versorgung berichtet sie, der neue Landeskrankenhausplan für die nächsten sieben Jahre sei kurz vor Fertigstellung mit dem Ziel, die flächendeckende Versorgung lückenlos sicherzustellen. Aktuell gebe es in Rheinland-Pfalz rund 24.000 Betten an 97 Krankenhausstandorten mit 70 Trägern. Sie betont, man bekenne sich zu den kleinen Standorten und werde mit dem neuen Krankenhausplan ein klares Bekenntnis setzen.

Herr **Lenz** spricht die Notfallversorgung im Kreis, die bevorstehende Ruhestandswelle sowie die Anwerbung von Ärzten aus anderen Ländern an.

Frau **Bätzing-Lichtenthäler** führt zum Thema Notfallversorgung aus, dass man die vorgegebenen Werte einhalte. Gegen die Vorgaben vom gemeinsamen Bundesausschuss habe man seinerzeit sogar mit Erfolg interveniert. Zur Thematik Ruhestandswelle merkt sie an, hätte man damals nichts getan, wäre man wahrscheinlich bereits in einer Unterversorgung.

Herr **Göller** lobt das klare Bekenntnis für die kleinen Standorte, mahnt jedoch vor einer Aushöhlung dieser Kliniken. Einzelne Abteilungen dürften nicht geschlossen werden. Er zeigt sich erfreut darüber, dass man die Kommunen miteinbeziehen wolle, gleichzeitig sieht er die kommunale Beratungsstelle bei der kassenärztlichen Vereinigung aber eher kritisch und nennt das System der Selbstverwaltung als nicht mehr zeitgemäß.

Herr **Lammert** spricht sich ebenfalls für das Lösen der starren Strukturen bei der Kassenärztlichen Vereinigung aus. Daneben müsse die Attraktivität der kleinen Kliniken einfach besser werden, damit auch hier Ärzte sesshaft werden. Beispielhaft für das gesamte Problem nennt er die jüngste Schließung einer Landarztpraxis in Altendiez.

Herr **Groß** stellt die Frage, wie man sich in Zukunft Gesundheitsversorgung mit so wenigen Pflegekräften vorstelle. In diesem Zusammenhang ergänzt Herr **Gemmer**, dass es auch an Hebammen fehle.

Frau **Bätzing-Lichtenthäler** berichtet, dass man kürzlich die zweite Fachkräftesicherungsinitiative Pflege mit vielen Partnern unterzeichnet habe. Diese beinhaltet die Themen Ausbildung, Arbeitsbedingungen und Vergütung, aber auch den Bereich der Öffentlichkeitsarbeit. Ein positives Image des Pflegeberufes sei eminent wichtig. Diese Aufgabenfelder werde man an einem runden Tisch mit allen Beteiligten weiter beleuchten und gemeinsam versuchen, den Beruf Pflegefachkraft wieder attraktiver zu machen. Zum Thema Geburtshilfe führt sie aus, die Zahl der Hebammen sei im Land wieder steigend, jedoch

gebe es immer mehr das Bedürfnis zu Teilzeitarbeit. Die Gespräche mit dem Hebammenverband zeigen aber eine gute Entwicklung.

Die Mitglieder des Kreistages nehmen die Informationen zur Kenntnis.

b) Rhein-Lahn-Ärzte Nachwuchsprogramm

Der **Vorsitzende** erläutert die Sitzungsvorlage.

Herr **Lammert** begrüßt die Idee der Verwaltung, den vorliegenden Antrag in das Konzept des Ärzte Nachwuchsprogramms einzubeziehen. Er erkundigt sich nach den Stiftungen welche die Bereitstellung entsprechender Mittel zugesagt haben und warum der Universitätsstandort Mainz in der angedachten Ausschreibung nicht berücksichtigt wurde.

Herr **Braun** nennt die Naspa- und die Leifheit-Stiftung als Partner. Die Auflistung der verschiedenen Standorte seien lediglich Beispiele von möglichen Universitäten.

Herr **Winkler** begrüßt den Start des Programms im nächsten Jahr und zieht einen Vergleich zu den Verbandsgemeinden Asbach und Kaisersesch sowie zum Landkreis Mayen-Koblenz, welche ähnliche Programme gestartet haben.

Herr **Lenz** vermisste das Kriterium Sprache im Nachwuchsprogramm und merkt an, als Umgangssprache sollte deutsch aufgeführt werden.

Herr **Göller** und Herr **Hartmann** befürworten das Miteinbeziehen der Stiftungen.

Die Mitglieder des Kreistages beauftragen die Verwaltung einstimmig, das Rhein-Lahn-Ärzte Nachwuchsprogramm umzusetzen.

Punkt 4:

Beratung und Beschlussfassung über die Vergabe von Transport- und Sammel-dienstleistungen für die Abfallwirtschaft im Rhein-Lahn-Kreis ab dem 01.01.2020

Ohne weitere Aussprache stellt der **Vorsitzende** den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Die Mitglieder des Kreistages ermächtigen die Werkleitung mehrheitlich bei einer Gegenstimme

- den Zuschlag in den Losen 1 und 2 jeweils auf das Angebot des Bieters Remondis GmbH & Co.KG, Region Südwest sowie
- den Zuschlag in Los 3 auf das Angebot des Bieters Bellersheim Abfallwirtschaft GmbH zu erteilen.

Punkt 5:

Bestellung eines sachverständigen Abschlussprüfers für den Eigenbetrieb Rhein-Lahn-Kreis Abfallwirtschaft

Ohne weitere Aussprache stellt der **Vorsitzende** den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Die Mitglieder des Kreistages beschließen einstimmig, für die Prüfung der Jahresergebnisse des Eigenbetriebes „Rhein-Lahn-Kreis Abfallwirtschaft“ der Jahre 2019 bis 2023 die Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft Dornbach GmbH, Koblenz, als sachverständigen Abschlussprüfer gemäß § 57 LKO in Verbindung mit § 89 GemO und § 2 der Landesverordnung über die Prüfung kommunaler Einrichtungen zu bestellen.

Punkt 6:

Kreisimmobilien;

a) Multifunktionshalle Goethe-Gymnasium Bad Ems

Der **Vorsitzende** informiert über die Vorstellung des Projekts in der Kreisausschusssitzung am 15. Oktober. Er begrüßt den stellvertretenden Schulleiter des Goethe-Gymnasiums, Herr Wittfeld, und bittet diesen, den Mitgliedern des Kreistages das Vorhaben zu erläutern.

Herr **Wittfeld** stellt das geplante Projekt vor. Dabei geht er kurz auf die Übereignungsmodalitäten ein, welche nach Fertigstellung durch den Förderverein eine Schenkung vorsehen. Er bezeichnet die geplante Halle als „Herzstück“ der Schule, da sie nicht nur für Veranstaltungen, sondern auch für innovative Unterrichtsformen, fächerübergreifenden Unterricht und als Lebensraum für die gesamte Schulgemeinschaft genutzt werden soll.

Der **Vorsitzende** ergänzt, dass bei positiver Entscheidung des Kreistages eine Baugenehmigung durch den Förderverein beantragt werde. Zu den laufenden Kosten führt er aus, dass diese nach Übertragung auf den Kreis sich auf ca. 16.000 Euro jährlich belaufen.

Anmerkung der Verwaltung: die Möglichkeit der Erteilung einer schulbehördlichen Genehmigung wird derzeit bei der ADD Koblenz, Referat Schulaufsicht, geprüft.

Herr **Lenz** kritisiert, dass der Kreis dieses Projekt nicht alleine stemmen könne.

Herr **Winkler** sieht den Bedarf als gut begründet an, zumal die Sporthalle der Schule zunehmend auch von Vereinen in Anspruch genommen wird.

Herr **Rau** bezeichnet das Vorhaben in dieser Größenordnung als einmalig. Er nimmt Bezug zum Entwurf des Schenkungsvertrages und bittet um eine Nachverhandlung was die Formulierung im § 3 Absatz 2 angeht.

Frau **Becker** spricht sich ebenfalls für das Projekt aus, betont allerdings die Wichtigkeit

des Fortbestehens des Fördervereins bis zur Fertigstellung und darüber hinaus.

Die Mitglieder des Kreistages beauftragen die Verwaltung einstimmig, die weiteren Schritte zur möglichen Realisierung des Projektes anzugehen.

b) Freiherr-vom-Stein-Schule Lahnstein

Da bei Herrn Labonte Ausschließungsgründe nach § 16 Landkreisordnung vorliegen, nimmt er an der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil.

Der **Vorsitzende** erläutert die Sitzungsvorlage.

Die Mitglieder des Kreistages beauftragen die Verwaltung einstimmig,

1. die Aufhebung der Zweckvereinbarung vom 01.04.2008 über die Regelung der Kostenbeteiligung des Rhein-Lahn-Kreises an den Unterhaltungs-, Personal- und Bewirtschaftungskosten des Schulgebäudes der Freiherr-vom-Stein-Schule in Lahnstein gemäß dem der Sitzungsvorlage vom 26.11.2018 beiliegenden Entwurf zu unterzeichnen

und

2. die erforderlichen Schritte zur Übertragung des Eigentums am Grundstück der Freiherr-vom-Stein-Schule (Gemarkung Oberlahnstein, Flur 6, Flurstück 161/2) mit aufstehenden Gebäuden auf den Rhein-Lahn-Kreis zu veranlassen.

Punkt 7:

Feuerwehrwerkstatt

Der **Vorsitzende** führt aus, dass sich neben dem Rhein-Lahn-Kreis die Verbandsgemeinden Bad Ems, Nassau (zukünftig Bad Ems-Nassau), Nastätten und Loreley an der Werkstatt beteiligen. Als Rechtsform soll der „Zweckverband Gemeinsame Feuerwehr-Werkstatt“ gewählt werden. Der Beschlussvorschlag sei entsprechend angepasst worden.

Die Mitglieder des Kreistages beschließen einstimmig, zur Einrichtung einer Feuerwehrwerkstatt dem noch zu gründenden Zweckverband „Gemeinsame Feuerwehr-Werkstatt“ auf der Basis der der Sitzungsvorlage vom 22.11.2018 beiliegenden Verbandsordnung beizutreten und die weiteren Schritte zu veranlassen, vorbehaltlich entsprechender Beschlüsse der Verbandsgemeinden Bad Ems, Nassau, Nastätten und Loreley und der Zustimmung der Kommunalaufsicht ADD.

Punkt 8:

Bericht der Besuchskommission nach § 29 des Landesgesetzes für psychisch kranke Personen (PsychKG) über die Begehung der fakultativ geschützten Station des St. Elisabeth-Krankenhauses in Lahnstein

Der **Vorsitzende** übergibt Frau Laschet-Einig das Wort.

Frau **Laschet-Einig** berichtet kurz über die am 26.10.2018 schriftlich angekündigte Begehung der fakultativ geschützten Station des St- Elisabeth-Krankenhauses in Lahnstein. Es habe keinen Anlass für größere Beanstandungen gegeben. Die Patienten seien mit ihrem Aufenthalt zum größten Teil zufrieden. Ein Ende der Umbauarbeiten sei absehbar. Beim Thema Fixierungen habe sich das Krankenhaus an die neue Rechtslage angepasst, außerdem werde die Verfahrensweisung „Umgang mit fixierten Patienten auf der Station 1 A“ derzeit aktualisiert.

Die Mitglieder des Kreistages nehmen die Informationen zur Kenntnis.

Punkt 9:

Sachstandsbericht Mittelrheinbrücke

Der **Vorsitzende** informiert, dass am 23. Oktober 2018 die Antragskonferenz unter Federführung des Landesbetriebs Mobilität stattfand. Der LBM habe zugesagt, über die Entwicklung des Projektes zu informieren.

Die Mitglieder des Kreistages nehmen die Informationen zur Kenntnis

Punkt 10:

Anträge und Anfragen der Kreistagsfraktionen und -mitglieder;

a) Antrag der CDU-Kreistagsfraktion „Einführung eines Medizinstipendiums“

** Die Anfrage der CDU-Kreistagsfraktion „Einführung eines Medizinstipendiums“ wurde unter Tagesordnungspunkt I.3.b) behandelt.*

Die Mitglieder des Kreistages nehmen die Informationen zur Kenntnis. Die Inhalte des Antrags sind in das Konzept des Rhein-Lahn-Ärzte Nachwuchsprogramms eingearbeitet.

b) Antrag der CDU-Kreistagsfraktion „Evaluierung Schulentwicklungskonzept“

Herr **Lammert** führt ergänzend zum vorliegenden Antrag aus, dass man gerne bereit sei, dass Thema in den zuständigen Fachausschuss zu übertragen.

Die Mitglieder des Kreistages nehmen die Informationen zur Kenntnis. Die Anpassung bzw. Fortschreibung des Konzepts wird dem Schulträgerausschuss übertragen.

Punkt 11:

Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

Punkt 12:

Mitteilungen der Verwaltung, Verschiedenes

Herr **Lammert** erkundigt sich nach dem aktuellen Sachstand bzgl. der erbetenen Terminverlegung der konstituierenden Sitzung außerhalb der Ferienzeit.

Der **Vorsitzende** führt aus, man werde den Termin um eine Woche vorziehen. Die konstituierende Sitzung des neuen Kreistages finde demnach am 24. Juni 2019 statt.

II. Nichtöffentliche Sitzung:

(...)

Nachdem sich kein weiterer Beratungsbedarf mehr ergibt, schließt der **Vorsitzende** die 20. Sitzung des Kreistages in der 10. Wahlperiode um 21:10 Uhr.

Der Vorsitzende:

gez.
(Frank Puchtler)
Landrat

Der Schriftführer:

gez.
(Timm Jörnhs)

Haushaltsrede von Herrn Landrat Frank Puchtler
zum Kreishaushalt 2019 am 10.12.2018

-es gilt das gesprochene Wort!-

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Mitarbeiter,
liebe Gäste,

es ist fast wie in jedem Jahr. Draußen wird es dunkel, es ist Anfang Dezember, das Jahr ist so gut wie abgeschlossen. Wir treffen uns hier im Kreistag, schauen ins nächste Jahr und machen das Kursbuch, sprich den Haushaltsplan. Ein Stückchen aber ist diesmal anders. Der Ausblick in das nächste Jahr ist der Ausblick, lieber Peter Labonte, in ein besonderes Jahr. 1969-2019, 50 Jahre, 5 Jahrzehnte. Nicht nur 5 Jahrzehnte Stadt Lahnstein, sondern unser Rhein-Lahn-Kreis feiert im nächsten Jahr auch sein 50-jähriges Jubiläum. 5 Jahrzehnte in denen sich Mitglieder des Kreistages und der Kreisgremien, Landräte, Bürgerinnen und Bürger, Mitarbeiter des Kreishauses an über 20 Standorten in der Region verteilt, für die Menschen die zum Rhein-Lahn-Kreis gehören, eingebracht und das Fundament geschaffen haben auf dem wir heute stehen. Dafür ganz, ganz herzlichen Dank!

Wir haben ein Jubiläumsjahr und werden ein Stückchen schlanker was unser Haushaltsbuch betrifft. Denn wir haben keine 353 Seiten des Haushaltsbuches sondern 339!

Aber im Volumen steigen wir an, auf über 200 Millionen Euro. Auch das ist historisch. Wenn man zurückblickt wie man vor 5 Jahrzehnten mit dem Kreishaushalt gestartet ist und heute über 200 Millionen Euro, das sind Aufgaben, die auf uns zukommen, das zeigt was sich in 5 Jahrzehnten entwickelt hat und welche Verantwortung für uns gemeinschaftlich dort drin steckt. Gemeinschaftlich bedeutet, dass wir die Dinge in der kommunalen Familie, von den Ortsgemeinden und Städten, über die Verbandsgemeinden sowie über die Stadt Lahnstein gemeinschaftlich angehen. Und wenn man schaut im Rückblick auf das Jahr was noch läuft, gibt es Ergebnisse die zeigen, dass wir im gemeinsamen Handeln erfolgreich sein können.

Zum einen der Blick auf die Prognos-Studie, die bei einer Bewertung von über 400 Städten und Landkreisen in ganz Deutschland gezeigt hat, dass der Rhein-Lahn-Kreis nicht auf Platz 350, nicht auf 250, auch nicht auf 150 steht, sondern auf Platz 95. Das ist das Ergebnis des hohen Engagements auf allen Seiten, in einem Kreis, der durch seine Infrastruktur nicht unbedingt die optimalsten Voraussetzungen hat. Wenn man überlegt, unsere Autobahnstrecke, das sind knappe 800 Meter in der Verbandsgemeinde Diez, lieber Michael Schnatz, um Eppenrod herum. Trotzdem haben wir eine Arbeitsmarktrate mit einer zwei vor dem Komma, trotzdem haben wir eine solide Struktur, dafür herzlichen Dank.

Dass dieses gemeinschaftliche Wirken über den Kreis und die Region ausstrahlt, zeigt sich an einem Erfolg den wir gemeinschaftlich vor kurzem vermelden durften. Da hat man in Potsdam und Berlin eine Entscheidung getroffen, die gut ist für die Stadt, gut ist für die Verbandsgemeinde und gut für die ganze Region. 800 Ausbildungs- und Arbeitsplätze im Aus- und Fortbildungszentrum der Bundespolizei in Diez. Die Fortbildung haben wir jetzt noch dazubekommen und dafür möchte ich mich bei Ihnen allen bedanken. Das war eine engagierte Leistung. Und wer überlegt, dass wir ja noch mittendrin waren in der Thematik Zuwanderer/Asylbewerber, hatten dort eine Lösung gefunden und dies jetzt ebenfalls gemeinschaftlich geschafft. Ich schätze, das ist eine Entscheidung für eine ganze Generation die eine Chance hat, einen Arbeitsplatz zu finden. Wir sollten deswegen realistisch aber auch selbstbewusst nach vorn schauen. Das kommt ja nicht von ungefähr, das zeigt auch im ländlichen Raum, mit engagiertem Handeln, mit Zusammenhalt haben wir eine Chance, Erfolge zu erzielen, bewusst auch als Motivation für die kommenden Jahre. Aber dafür müssen wir etwas tun und das schlagen wir, die Kreisverwaltung, Ihnen mit dem Haushalt für das Jahr 2019 vor.

Herzlichen Dank an Bernd Menche, Severin Holl und das gesamte Team, welche den Haushalt erarbeitet haben. Das Team sind alle, denn alle Bereiche und Abteilungen bringen ihre Vorschläge, bringen ihr Budget ein und wir versuchen daraus etwas Gemeinschaftliches zu schmieden.

Unter drei Gesichtspunkten. Der erste ist, und das ist nach wie vor ganz entscheidend, wir müssen weiter konsolidieren. 2014 lagen wir bei einer Summe der Verbindlichkeiten, insgesamt aus Liquiditätskrediten und Investitionskrediten, von rund 105 Millionen Euro. Wenn wir unseren Haushaltsplan so fahren können im nächsten Jahr, sind wir bei rund 75 Millionen Euro. Das ist zwar schon einmal eine stolze Leistung der Reduzierung, auch in einer relativ schnellen Zeit, aber 75 Millionen minus bleiben 75 Millionen minus.

Wir sind in einer starken Wirtschaftslage. Wir haben hohe Steuereinnahmen auf allen Ebenen, aber bei allen Entscheidungen und Dingen die wir im Blickfeld haben, müssen wir weiter an den 75 Millionen arbeiten, damit sie kleiner werden. Wir sind bei einem Zinsniveau, wo wir gerade vor zwei Tagen wieder einen Vertrag unterschrieben haben über eine Kreditsumme von knapp 1 Million Euro, wo ein Minus vor dem Zinssatz steht: -0,20%. Das heißt, wir bekommen für die Aufnahme von 1 Million Euro 0,20% Zins. Das glaube ich wird nicht immer der Fall sein wenn man in Zeiträumen von 3, 5 oder 10 Jahren denkt. Von daher bleibt die Konsolidierung angesagt und das bildet sich im vorgelegten Haushaltsplan ja auch ab.

Der zweite Punkt: Wir investieren und bringen Mittel in die zentralen Schlüsselaufgaben.

Dort, wo das Leben beginnt, in unseren Kindertagesstätten. Aktuell haben wir 83 und wir werden, liebe Frau Mies, auf 85, wenn alles gut geht, weiter anwachsen. Das bedeutet weitere Schritte nach vorne. Das bedeutet aber auch haushaltstechnisch eine Summe von 41,1 Millionen Euro die wir dort Insgesamt in alle Bereiche fließen lassen. Das ist eine stolze Zahl aber auch eine Zahl die hohe Rendite bringen wird, denn das sind Investitionen in die Zukunft unserer jungen Menschen. Und immer

damit verbunden 83 Kitas in der breiten Fläche des Rhein-Lahn-Kreises als Standortfaktor für den Zuzug von Familien, für die Stabilität der Bevölkerung.

Im nächsten Schritt des Lebens steht die Bildung. Unsere weit über 10 Schulen in der Kreis-Trägerschaft in der Vielfalt, ergänzt um die Trägerschaften in anderen Bereichen, bilden ein attraktives Angebot im schulischen Bereich. Alle Facetten, wenn man den Kreis als Summe sieht werden angeboten in allen Formen und für uns bedeutet das weiter Verantwortung. Wir haben das Turnhallenprogramm in diesem Jahr gestartet mit Katzenelnbogen, Lahnstein ist im Blickfeld und insgesamt werden in den Bereich Bildung 9,5 Millionen Euro fließen. Auch ein klares Wort.

Wenn ich eine Schule habe, wenn ich eine Kindertagesstätte habe und habe 137 Städte und Dörfer, habe Mittelzentren, habe an den Rändern Oberzentren, dann gibt es noch eine dritte Baustelle, die ganz entscheidend wird für die Zukunft im ländlichen Raum: Wie komme ich von A nach B, wie erreiche ich Schule, Kindertagesstätte, Arzt und alles was damit verbunden ist. Zusammenfassend Mobilität als zentrales Thema. Hier haben wir Verantwortung, auch dank ihrer Entscheidung, Stichwort Linienbündel im ÖPNV. Bei ca. 320 Kilometer Kreisstraßen, wo wir versuchen, Schritt für Schritt die Dinge weiter zu optimieren. In der Summe, wenn man alles ergänzt, ist das eine Zahl mit über 17 Millionen Euro, die wir als Kreis in die Fläche des Kreises für die Mobilität der Bürgerinnen und Bürger investieren.

Und wenn wir von der traditionellen Autobahn oder Bundes- oder Kreis- oder Landesstraße den Blick nehmen, kommen wir in die Technik. Breitband! Dafür herzlichen Dank. Es war eine Energieleistung. Wir sind auf der Zielgeraden. Wir versuchen, den Kreis flächendeckend abdecken. Aktuell haben wir unsere Schulen im Blickfeld um den technischen Anschluss schneller zu machen. Wenn wir innerhalb der Schulen alleine im nächsten Jahr wieder für weitere 300.000 Euro, dieses Jahr 600.000 Euro und wenn wir das kleine Programm noch dazu nehmen, ungefähr 1 Million Euro investieren in die technische Ausstattung der Schulen, müssen wir natürlich die Möglichkeit schaffen, wenn die Schülerinnen und Schüler in die Klassen kommen und wollen das Gerät anschalten, dass auch die Leitungen entsprechend optimal sind. Dort arbeiten wir weiter mit Unterstützung von Land und Bund, haben 2 Millionen im Haushalt abgebildet. Gemeinsam mit dem Kreisentwickler Benjamin Braun und Koordinator Martin Rudersdorf versuchen wir mit den Kommunen gemeinsame Schritte zu gehen. Der Vorschlag, eine öffentlich-rechtliche Kooperation zu unterzeichnen, ist der richtige Weg. Das sind Aufgaben, die man auf der Kreisebene bündeln kann und ich hoffe, dass wir da entscheidend vorankommen. Denn die Digitalisierung in der Breite des Kreises ist ein Standortfaktor um Möglichkeiten zu schaffen, dass man hier im Kreis leben kann. Das man hier im Kreis wohnen und arbeiten kann, wenn vielleicht die Zentrale des Arbeitsplatzes weit entfernt liegt, es sich aber durch eine gute digitale Verbindung realisieren lässt.

Neben diesen harten, konsequenten Faktoren liegt mir aber auch noch etwas am Herzen. Gerade aus der Geschichte des Rhein-Lahn-Kreises heraus, mit einer Tradition im sozialen Bereich. Wir investieren und setzen insgesamt weit über 70% unserer Haushaltsmittel in den sozialen Bereich ein. Das ist die eine Seite der Medaille. Die andere Seite der Medaille ist, dass wir Tausende von Arbeitsplätzen hier haben dürfen. In der Stiftung Scheuern, in Lebenshilfen, in vielen sozialen Einrichtungen. Und die Bitte hätte ich, bei der Betrachtung eines Haushalts nicht nur

die Ausgabenseite zu sehen. Ganz kurz gesprochen, wir bekommen dafür auch sehr viel zurück. Viel zurück in Arbeitsplätzen, viel zurück an engagierten Menschen die hier im Rhein-Lahn-Kreis arbeiten dürfen und dafür zu Hause, in der Ortsgemeinde, im Verein, bei der Feuerwehr, in vielen Bereichen sich sehr stark ehrenamtlich engagieren. Und wir bekommen noch etwas zurück, nämlich das Menschen betreut werden, dass sie ihr Leben hier im Rhein-Lahn-Kreis verbringen dürfen, obwohl ihnen das Schicksal nicht immer so hold war. Das ist mir ganz wichtig hier zum Ausdruck zu bringen. Manchmal wird dieser Anteil kritisch gesehen, ich meine jedoch in der Bilanz sieht es anders aus.

Zur Bilanz und zum Kreis gehört auch ein aktuelles Thema, was wir versuchen mit unseren Kräften, lieber Guido Erler, zu stemmen. Damit die Menschen das Gefühl haben, im Rhein-Lahn-Kreis ist ein hohes Maß an Sicherheit gegeben. Wenn wir die Klimawandelentwicklungen sehen, ob der warme Sommer oder der Starkregen die uns immer wieder herausfordern, versuchen wir unsere Rettungskette beisammen zu halten. Alle Bereiche und jeden der sich hier engagiert mit ins Boot zu nehmen, damit die Menschen nachts ruhig schlafen können und wir das Gefühl haben, wenn etwas passiert, ist der Kreis gut aufgestellt. Wir üben dafür in vielfältiger Form. Bei einem Thema, was uns hoffentlich nie im Kreis erreichen wird, der Afrikanischen Schweinepest, haben wir im Kreis eine Übung mit allen Beteiligten durchgeführt, lieber Herr Dr. Dietze, um Vorkehrungen zu treffen, damit wir im Fall des Falles gewappnet sind. Daher ist es wichtig, gut zusammen zu sein, unterwegs zu sein und in diesen Bereich weiter zu investieren. Fahrzeuge und Projekte sind dazu im Haushalt abgebildet.

Und zu Sicherheit und Versorgung gehört auch der Komplex Gesundheit. Wir diskutieren es ja heute noch. Wenn wir in den Nachbarkreis schauen, nach Bad Schwalbach, in der Kreisstadt das Akutkrankenhaus, ist auf einmal über Sommer weg. An einem Standort, auch vergleichbar unserer Kreisstadt, mit einem Bad, mit Gesundheit als zentrale Bedeutung. An diesem Beispiel möchte ich fest machen, das bleibt eine Dauerbaustelle. Daher bin ich dem Kreistag dankbar, dass wir die Kreisgesundheitskonferenz als ständige Einrichtung ins Leben gerufen haben und versuchen, Flagge zu zeigen und Vorschläge dem Rhein-Lahn-Kreis zu machen. Da müssen wir, so ist meine persönliche Einschätzung, hellwach bleiben.

Entsorgung/Versorgung ist ein Thema, was zur Sicherheit und zur Lebensqualität beiträgt. Und wenn wir in unseren Eigenbetrieb Abfallwirtschaft schauen, darf man ein Stück weit stolz sein. Sicher, das Wirtschaftsergebnis welches der Wirtschaftsplan ausweist ist mit einem Minus versehen. Aber glauben sie mir, gerade vor dem Hintergrund als Bankkaufmann habe ich, lieber Günther Müller, lieber Thomas Fischbach ein Minus selten so gelassen gesehen wie dieses, denn da steckt ja viel dahinter. Wir bilden Rückstellungen. Das hat bilanztechnische Gründe, aber es hat auch gute wirtschaftlich-ökologische Gründe, dass wir heute zurücklegen wenn wir in Zukunft wieder zurückbauen. Von daher ganz herzlichen Dank an das Team welches wir integrieren konnten auf der Eigenbetriebszentrale in Singhofen.

Auch da setzen wir auf Partner. Wir diskutieren nicht viel, sondern gehen in die interkommunale Zusammenarbeit, ob das die Nachbarn aus dem Rheingau-Taunus-Kreis sind mit denen wir weitere Schritte für die Zukunft gehen wollen. Auch dank dem Standort Singhofen, wo wir es ja nach intensiven Verhandlungen mit

Gemeinderat und Werkleitung geschafft haben. Das war gut, das war interessant, im Ergebnis hat Singhofen einstimmig zugestimmt, dafür ganz herzlichen Dank, denn damit sind Weichen gestellt für die gesamte Kreisbevölkerung, auch für die Perspektive was die Abfallgebühren betrifft.

Und dann schauen wir in den Rhein-Sieg-Kreis, in die Stadt Bonn, nach Ahrweiler, nach Neuwied, das sind Partner in der Rheinischen Entsorgungskooperation. Eine Kooperation, welche erfolgreich ist. Vor allem erfolgreich weil, es sind heute ja einige dabei, die in den Gremien der REK sind, liebe Gisela, wir ein gutes Einvernehmen haben und das Gefühl, wir sind auf Augenhöhe. Denn egal wie groß ein Kreis, eine Stadt ist, jeder hat eine Stimme und jeder hat seine Positionen. Ich möchte das gerade im Anblick der aktuellen Diskussionen ins Blickfeld werfen. Denn ich denke die Entscheidung mit dem REK und dem Vertragsabschluss hat in allen Gremien der Beteiligten gerade ein Viertel Jahr gedauert, die Ergebnisse haben wir jeden Tag und die bemerkt der Bürger des Rhein-Lahn-Kreises positiv in seinem Portemonnaie.

Der nächste meiner Blickwinkel der unseren Standort betrifft, ist die Wirtschaftsförderung. Wir sind eine WFG mit Herrn Matern, Frau Simon und Frau Maus. Andere Wirtschaftsförderungsgesellschaften haben 8 oder 9 Mitarbeiter, die sicher auch ihre Aufgabe stemmen, aber wenn ich sehe was unsere WFG leistet mit weit über 100 Projekten in der Förderung. Fast überall wo sich was tut ist auch ein wirtschaftlicher Beitrag der WFG mit dabei. Und wir versuchen jetzt mit der Lotsenaufgabe, die Frau Maus übernommen hat, die Komplexität der vielen Vorschriften ein Stück weit einfacher zu machen. Sei es im Mittelrheintal, sei es im Taunus, an der Lahnschiene, ob kleine, mittlere oder große Projekte, da braucht man schon jemanden der einen lotst, der versucht, die verschiedenen Aufgabenstellungen zusammenzuführen. Und ich darf ihnen sagen, seit wenigen Wochen ist die Kollegin erst im Amt und hat schon Erfolge erzielen können. Erfolge, die wir nicht spektakulär nach außen tragen, aber demjenigen, der einen Antrag stellt, weiterhelfen. Und wir wollen die Funktion weiter stärken und ausbauen.

Und ein weiterer Komplex, der auch eine Marke im Rhein-Lahn-Kreis aus meiner Sicht geworden ist, das sind unsere direkten Bildungseinrichtungen. Die Kreisvolkshochschule, die eine tolle Aufgabe leistet im Bereich der Sprachkurse und die Kreismusikschule. Wenn sie erleben, gerade vorgestern wieder bei einem Konzert, wo die jungen Menschen dabei sind und seit letztem Jahr unsere Rhein-Lahn-Akademie, wo wir aus wichtigen Zukunftsfeldern aus dem Haus informieren und eine sehr gute Resonanz haben. Ich glaube, dies sind Aufgaben die mit zum Kreis und zur Zukunftsorientierung gehören.

All das was den Haushalt betrifft haben wir mit ihnen in den Gremien besprochen. Wir haben den Haushalt eingebracht im Kreisausschuss. Wir haben diesen gemeinsam mit dem Finanzausschuss beraten und im Ergebnis gab es Anregungen und Vorschläge aus den Fraktionen, wie z.B. das Absenken der Umlage um 0,5%. Die Vorschläge haben wir in der Vorlage eingebracht und haben im Ergebnis heute einen Haushaltsplan für sie als Vorschlag der drei Ziele umfasst.

Das erste Ziel: Sparen. Das erfüllen wir! Das zweite: Investieren in Zukunftsbranchen und Zukunftsfelder. Das tun wir auch! Und das dritte, und da kann ich den Wunsch der Umlagesenkung verstehen, wir entlasten auch!

Wenn es auch sicher ein sehr überschaubarer Schritt ist, aber es bleiben für den Kreis immer noch die 75 Millionen die nicht einfach das Minus des Kreises sind, sondern auf allen 124.000 Bürgerinnen und Bürgern des Kreises lasten. Insofern versuchen wir diesen Dreiklang zu realisieren.

Dafür bitte ich sie um Unterstützung und hoffe, dass wir uns im kommenden Jahr auf das konzentrieren was wir anpacken können. Die Welt ist im Umbruch. Es wird vieles diskutiert. Das muss man beobachten, kritisch begleiten aber wir sollten uns immer auf das konzentrieren, was hier im Rhein-Lahn-Kreis mit unseren Partnern gestemmt werden kann.

Auf diesem Kurs bitte ich sie um weitere Unterstützung. Mir macht es Freude, mir macht es Spaß und wenn man dann so etwas sehen darf wie mit der Bundespolizei in Diez, das ist eine tolle Sache, bin ich dankbar. Wir sind auf einem guten Weg und meine Bitte an Sie: Begleiten sie uns konstruktiv, begleiten sie uns kritisch, aber bleiben sie immer mit dabei, denn es geht nicht um den Landrat sondern es geht um die Zukunft des Rhein-Lahn-Kreises.

Herzlichen Dank!

Haushaltsrede von Herrn Carsten Göller,
Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion,
zum Kreishaushalt 2019
am 10.12.2018
-es gilt das gesprochene Wort!-

Sehr geehrter Herr Landrat,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

die Verwaltung hat uns mit dem Entwurf des Haushalts 2019 ein richtig dickes Paket vorgelegt. Dafür ein herzliches Dankeschön! Insbesondere auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung für die Erstellung des Zahlenwerks. Danken möchte ich auch für die gute und konstruktive Zusammenarbeit im zu Ende gehenden Jahr.

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Landrat hat bereits angesprochen, wo der Kreis heute steht und welche Projekte wir uns als Kreis im nächsten Jahr vornehmen und umsetzen werden. Investitionen in Bildung, Schulen und Kindertagesstätten, in den Kreisstraßenbau und die Fortführung des Breitbandausbaus sind die Schwerpunkte im kommenden Jahr. Als SPD-Fraktionsvorsitzender freue ich mich, dass wir so viele Initiativen aus unseren Reihen zu gemeinsamen Initiativen des gesamten Kreistages machen konnten. Dafür auch ein herzliches Dankeschön an Sie alle.

Wir haben in der letzten Sitzung des Kreisausschusses Aufträge im Wert von fast 450.000 Euro für die moderne technische Ausstattung von Schulen vergeben. An dieser Stelle war der Rhein-Lahn-Kreis einmal mehr Vorreiter. Dass die Bundesländer, über alle Parteigrenzen hinweg, den sogenannten Bildungspakt noch eine Extraparade über den Vermittlungsausschuss drehen lassen, finde ich nicht gut und ich hoffe, dass am Ende Fördermittel in unserem Kreis ankommen. Damit können wir unsere klare Handschrift im Bildungsbereich fortführen. Schulentwicklung, Schulsanierungen, technische Ausstattung von Schulen, Modernisierung von Kindertagesstätten und vieles mehr haben wir erreicht. Im kommenden Jahr müssen wir dort weitermachen und die technische Ausstattung samt Glasfaseranschlüssen für Schulen umsetzen. Im Rhein-Lahn-Kreis gilt „Bildung first“ und das soll auch so bleiben.

Beim Breitbandausbau werden wir auch Gewerbegebiete angehen. Und Ziel muss sein, jedes Gebäude im Kreis mit Glasfaser anzuschließen! Investiert wird auch in die Kreisstraßen und sicherlich ärgert man sich über Baustellen, gesperrte Straßen, Umwege und Zeitverlust. Nur eines ist klar: Wenn nicht gebaut wird, wird noch mehr über schlechte Straßen gemeckert.

Und dass auch 2019 gebaut wird, verspricht dieser Haushalt. Wir werden mehr in die Kreisstraßen investieren, als durch Abschreibungen Werte verzehrt werden. Das ist ein starkes Signal.

An diesen beiden Beispielen sieht man, dass unser Kreis seit Jahren und auch in Zukunft massiv investiert. Und gleichzeitig werden Schulden erheblich abgebaut. Im Jahr 2012 betrug der Gesamtschuldenstand knapp über 112 Millionen Euro. 112 Millionen Euro! Der Gesamtschuldenstand wird nun auf knapp 75 Millionen Euro zurückgehen. Wir haben als knapp 1/3 unserer Schulen in nur 6 Jahren abgebaut! Bei der Pro-Kopf-Verschuldung haben wir es damit auf den Bundesdurchschnitt der Kreise geschafft.

Das alles bei hohen Investitionen in Bildung, Straßen, Breitband und ÖPNV! Das kann sich sehen lassen und darauf können wir alle stolz sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

bei allen positiven Seiten gibt es aber auch Entwicklungen, die uns in der SPD große Sorgen bereiten. Das sind die fortlaufenden Kostensteigerungen im Sozialbereich. Ich bitte das jetzt nicht falsch zu verstehen, es gibt viele Menschen, die dringend Hilfe brauchen und bekommen müssen. Wir bekommen auch viel zurück. Von den Menschen, aber auch wirtschaftlich in Form von guten Arbeitsplätzen. Wir haben als SPD das Thema Schulsozialarbeit für alle Schulen im Kreis auf die Agenda der Kreisgremien setzen lassen und nach dem Bericht im letzten Kreisausschuss sehen wir das als einen absolut richtigen Ansatz an. Dennoch müssen wir genau hinschauen, wie die Entwicklungen voranschreiten. Das Bundesteilhabegesetz wird kommen. Ich fürchte nur, dass im Bund wieder nicht daran gedacht wird, wie das bezahlt werden soll. Stichwort: Konnektivitätsprinzip.

Auch sollten wir, wie schon in der Kreisverwaltung an manchen Stellen praktiziert wird, in allen Bereichen mit Hilfe von internen Kontrollinstrumenten auch bei den Pflichtaufgaben die Ausgabenentwicklung immer wieder hinterfragen und versuchen eng zu begleiten. Es braucht aber auch eine Veränderung in unserer Gesellschaft: Mehr Miteinander, statt gegeneinander.

Ich habe bisher das Licht auf die positiven Seiten des Haushalts geworfen und auf die Sachen, die wir genau im Auge behalten müssen. Ich denke da herrscht große Einigkeit.

Wir müssen aber zwei Sachen ansprechen, die in den vergangenen Wochen in den Fraktionen diskutiert und dann von der Verwaltung in der Vorlage zur heutigen Sitzung aufgenommen wurden. Kreisumlage und Jagdsteuer. Bei der Umlage sehe ich eine große Einigkeit im Kreistag. Der Kreishaushalt entwickelt sich in den vergangenen Jahren positiv und dann ist es nur richtig, dass wir jetzt einen Teil auch an die Gemeinden im Kreis weitergeben. Ich bin Frank Puchtler dankbar, dass er meine Anregung aufgenommen hat und die Umlagesenkung im Vorfeld mit der ADD besprochen hat. Er hat dabei aufgezeigt, dass es im Kreis Gemeinden gibt, die trotz der positiven Entwicklung im Kreishaushalt weiter Schulden aufbauen. Das war für die ADD ein ausschlaggebender Punkt die Umlagesenkung mitzugehen, obwohl wir eigentlich selbst noch einen hohen Schuldenstand im Kreishaushalt haben. Die SPD-Fraktion wird der vorgeschlagenen Umlagesenkung zustimmen.

Jetzt gibt es sicherlich Stimmen die sagen: „Oh die SPD, jetzt kommen Sie vor der Wahl, früher wollten Sie nicht.“ Ja es stimmt: Wir haben uns gewehrt und gehen wir mit voran. Dazu zwei klare Antworten:

Erstens: Wir hatten letztes Jahr keine Bundesregierung und wir wussten nicht, wie ein neues Landesfinanzausgleichsgesetz aussehen wird. Es gab zu viele Unsicherheiten für finanzpolitisches Vorpreschen.

Und Zweitens: Wahltermine. Machen wir Politik irgendwo im freien Raum oder wollen wir etwas bewirken? Im Rahmen unserer Bürgerbeteiligungskampagne im Sommer haben sich die Leute kritisch geäußert, dass Politik immer nur auf Wahltermine schaut und nicht an der Sache arbeitet. Machen wir uns frei von Wahlterminen und arbeiten wir für den Kreis.

Der zweite Diskussionspunkt ist die Jagdsteuer. Bei diesem Thema sieht man deutlich, dass die SPD-Volkspartei ist. Ich als Jäger, habe damit kein Problem und unterstütze den Vorschlag. In meiner Fraktion sehen das aber einige Mitglieder kritisch. Es gibt aber denke ich, gute Gründe dem zuzustimmen. Einige in der SPD-Fraktion werden daher nicht aus tiefster Überzeugung, aber aus Vernunft zustimmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

gleich haben Sie es geschafft. Zum Schluss meiner Rede will ich noch auf die Wirtschaftspläne eingehen. Hier gilt beinahe „täglich grüßt das Murmeltier“. Nur dass dieses Murmeltier BILMOG heißt und nicht so lustig daherkommt, wie Bill Murray und Andie MacDowell. Betrachten wir uns den reinen Betrieb, kann trotz schwierigen Entwicklungen ein positives Ergebnis erzielt werden. BILMOG verwirbelt dann die Zahlen. Aber unterm Strich haben wir Stabilität und vor allem Gebührenstabilität. Das ist uns wichtig! Daher werden wir auch den vorgelegten Wirtschaftsplänen zustimmen.

Der Kreishaushalt 2019 und die Wirtschaftspläne sind ein umfangreiches, aber kein einfaches Werk. Es steckt so viel drin, dass es ein grober Fehler wäre hier heute nicht zuzustimmen. Ich freue mich auf die folgenden Beiträge und darf Sie alle bitten den Vorlagen zuzustimmen, auch wenn es vielleicht nicht immer leicht fällt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Haushaltsrede von Herrn Matthias Lammert,
Vorsitzender der CDU-Kreistagsfraktion,
zum Kreishaushalt 2019
am 10.12.2018
-es gilt das gesprochene Wort!-

Sehr geehrter Herr Landrat,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich möchte mich zunächst im Namen der CDU Kreistagsfraktion recht herzlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung und bei Herrn Bernd Menche und seiner Stellvertreterin Frau Holl für die gute und umfassende Aufbereitung des Zahlenwerkes bedanken.

Die Situation für den Haushalt 2019 stellt sich aus unserer Sicht erneut besser und solider dar. Nach den positiven Jahresergebnissen 2017 mit 3,8 Millionen und mit dem prognostizierten Abschluss 2018 mit 1,1 Millionen, haben wir erneut einen ausgeglichenen Haushalt.

Das Licht am Ende des Haushaltstunnels ist nicht nur ein Kerzenschein der gestrigen 2. Adventskerze, nein, es zeichnet sich tatsächlich mehr als ein Lichtblick ab. Das Ende der jährlichen großen Haushaltsfehlbeträge, wie noch in den Jahren 2011 (10 Millionen), 2012 (5 Millionen)...ist nämlich Realität geworden – im Finanzplan sind für die Jahre 2020 - 2022 wieder etwas enger, aber warten wir ab. Erfreulich ist, dass wir erneut keine neuen Liquiditätskredite aufnehmen müssen. Dies liegt aber auch an der guten Wirtschaftslage und damit verbunden höchsten kommunale Steuereinnahmen (2,9 Mio durch Kreisumlage mehr), eine hohe Steuerkraft und eine absolute Niedrigzinsphase!!

Dank an die Bürgerinnen und Bürger, die dies mit der täglichen Arbeit erwirtschaftet haben!!!

Die Höhe der Liquiditätskredite liegt Ende 2019 bei nur noch 29 Millionen – Ende 2016 noch bei 45 Millionen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

unsere finanziellen Probleme sind nicht durch den Kreis verschuldet, sondern werden maßgeblich fremdbestimmt und sind ein seit Jahren viel diskutiertes strukturelles Finanzproblem aller Kreise, Städte und Gemeinden in Rheinland-Pfalz. Das Ergebnis der Neuregelung des Landesfinanzausgleichsgesetzes vom Land ist aber ernüchternd. Wirklich neu sind nur die für 2019 in Aussicht gestellten zusätzlichen 60 Millionen Euro, mit einer neuen C3 Schlüsselzuweisung, wir (alle Landkreise) profitieren davon leider diesmal nicht. (siehe Vorbericht)

Wir brauchen Maßnahmen, die eine Verbesserung der Haushaltslage für alle Kommunen bewirken. Dabei reicht es eben gerade nicht aus, beim Kommunalen Finanzausgleich horizontale Verschiebungen zwischen den einzelnen kommunalen Ebenen (kreisfreie Städte – Landkreise) vorzunehmen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

positiv und nachhaltig schlägt sich in unserem Haushalt die verstärkte Unterstützung durch den Bund nieder. Durch eine 100% Übernahme der Grundsicherung im Alter durch den Bund haben wir eine jährliche Kostenersparnis von mehreren Millionen. Zudem erhielten wir und erwarten wir uns weitere Zuflüsse des Bundes (aus dem 5 Milliarden Paket jährlich) u.a. für die Kosten der Unterkunft, im Bereich Asyl und der Eingliederungshilfe sowie Bundesintegrationsmittel oder Digitalisierungsmittel.

Die CDU Kreistagsfraktion begrüßt auch die Investitionen im Haushalt:

- Bildungsausgaben im Schulbereich (flächendeckende Digitalisierung der Kreisschulen mit Whiteboards, sowie WLAN – in allen kreiseigenen Gebäuden), CDU-Antrag auf Einführung Ratsinformationssystem
- den Kindertagesstätten (Kita-Novelle) und das Turnhallenprogramm
- Kreisstraßenbauprogramm
- Kleinmaßnahmenprogramms für den Straßenbau
- Lückenschluss Radweg, Rettungswesen, gemeinsame Feuerwehrwerkstatt, sowie die Förderung des flächendeckenden Breitbandausbaus und Mobilfunk
- Erfreulich die von der CDU angestoßene Diskussion über die Reinigung der Schulen durch vom Kreis angestellte Personen
- Positiv die Halbierung der Jagdsteuer (von 20% auf 10 %)

(Anerkennung der Arbeit der Jäger - Pflege der Landschaft, Regulierung der stark ansteigenden Wildbestände, Mitarbeit bei der Zurückdrängung von Seuchen, wie Tollwut, Vogelgrippe und Europäischer Schweinepest !)

Durch die Aufhebung der Jagdsteuer würde den meist umfassend an den Jagdpachteinnahmen praktizierenden Ortsgemeinden mit großer Wahrscheinlichkeit die Möglichkeit gegeben, höhere Pachtpreise zu erzielen. Hierin sehen wir als CDU-Fraktion eine Chance, statt nur auf direktem Weg über die Kreisumlage, eine indirekte Entlastung der kreisangehörigen Gemeinden zu erreichen. Mittelfristig streben wir die Abschaffung der Jagdsteuer an.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

heftige Diskussionen gab es jedes Jahr bzgl. einer Senkung der Kreisumlage - CDU (teils mit der FWG) haben das immer im Blick gehalten.

Erfreut, dass wir uns fraktionsübergreifend für eine Umlagesenkung von 0,5 % auf dann 44 % einigen konnten und es plötzlich eine Einsicht gab.

Unsere Maxime war stets, dass wir als CDU Fraktion ein Stück des Konsolidierungserfolges an die Gemeinden/Städte (kommunale Familie) zurückgeben wollten.

Die ADD hatte es vor 2 Jahren abgelehnt wegen negativem Eigenkapital – wir vertreten damals wie heute eine andere Rechtsauffassung – noch bestimmt der Kreistag den Haushalt des Kreises und nicht die ADD. Uns liegt viel an der konstruktiven Arbeit und daher begrüßen wir die gemeinsame Umlagesenkung.

Insgesamt ist der Haushalt 2019 solide aufgestellt und weitestgehend unaufgeregt, die CDU Kreistagsfraktion wird dem Haushalt 2019 zustimmen.

Wir stimmen ebenfalls den Wirtschaftsplänen Forsteinrichtungswerk und der Eigenbetriebe Abfallwirtschaft zu.

Vielen Dank !

Haushaltsrede von Herrn Bernd Hartmann,

Vorsitzender der FWG-Kreistagsfraktion,

zum Kreishaushalt 2019

am 10.12.2018

-es gilt das gesprochene Wort!-

Herr Landrat,
meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen des Kreistages,
sehr verehrte Damen und Herren,

der Haushalt 2019 liegt uns vor und soll nun heute von uns allen beschlossen werden. Ein aus Sicht der FWG sehr unspektakulärer Haushalt, handwerklich und sachlich sehr gut aufgestellt. Dafür schon mal unser Dank an die Verwaltung, insbesondere auch an Herrn Menche, der uns in der Fraktionssitzung die Schwerpunkte des Haushaltes nochmals näher dargestellt hat. Die FWG Fraktion hat gegen die Festsetzungen der einzelnen Haushaltsstellen nichts einzuwenden und wird, - dies mal vorab -, dem Haushalt zustimmen.

Meine Damen und Herren,
wir reden heute über den Haushalt des Kreises und ich möchte mich auch darauf beschränken und nicht über Bund und Land reden und spekulieren, ob wir mehr bekommen müssten oder ob mehr geholfen werden müsste. Als Kreispolitiker kann ich es nicht ändern. Ich kann es mir nur wünschen.

Im Ergebnishaushalt haben wir einen Überschuss von 1,1 Mil. Euro. Und dies trotz einer von allen Fraktionen gewünschten und nun auch von der ADD wohl genehmigten Umlagesenkung von 0,5 %. Na gut, gewünscht hätten wir uns 1 %, aber die ADD war dagegen, was ich vielleicht sogar noch verstehen kann bei unserem sehr hohen negativen Eigenkapital. Aber wenn es danach ginge, könnten wir vor 2039 wohl gar nichts mehr tun, denn erst dann wird prognostiziert, dass das Eigenkapital sich in ein Plus wandelt. Aber meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, das können wir nicht tun. Als es uns richtig dreckig ging, haben wir durch eine Umlageerhöhung uns Geld bei den Gemeinden geholt. Und jetzt, wo wir Pluszahlen schreiben, müssen wir auch den Gemeinden, die zum Teil erheblich verschuldet sind, etwas zurückgeben.

Denn, meine Damen und Herren, selbst bei einer Senkung von 0,5 % erhält der Kreis von den Gemeinden noch immer knapp 3 Mil. Euro mehr als im Vorjahr und liegt mit der Umlage von nun 44 % immer noch um 0,39 % über dem Landesdurchschnitt der bei 43,61 % liegt. Die 0,5 % sind da ein guter Anfang, um den verschuldeten Gemeinden entgegen zu kommen.

In den kommenden Jahren werden wir dann sehen, was noch geht.

Hoffentlich hält die Konjunktur, dann habe ich Hoffnung, auch für unseren Kreis, dass es uns besser gehen wird. Als totkranken Patienten, wie ich den Kreis vor Jahren bezeichnet habe, würde ich heute sagen: wir haben unseren Kreis am Leben erhalten. Und nun ist der Kreis wohl nun am gesunden und in der Reha, die aber noch eine lange Zeit dauern wird.

Trotzdem können wir die Liquiditätskredite weiter nach unten fahren und zwar um ca. 4,7 Mil. Euro, so dass wir am Jahresende noch 29,5 Mil. Euro an Liquiditätskredite haben werden.

Anders sieht es bei den Investitionskrediten aus, hier werden wir kräftig aufsatteln um ca. 4,5 Mil. Euro auf dann 45,7 Mil. Euro. Aber meine Damen und Herren, bei den Investitionskrediten haben wir dann ja auch Gegenwerte geschaffen.

Insgesamt wird der Kreis Ende 2019 bei einem Schuldenstand von rund 75,2 Mil. Euro stehen. Hoffentlich bleiben da die Zinsen so wie sie derzeit sind, ansonsten könnte es uns wieder sehr dreckig gehen.

Aber meine Damen und Herren, wenn mir jemand 2015 gesagt hätte, der Schuldenstand des Kreises von 111 Mil. Euro würde innerhalb von 4 Jahren um 36 Mil. Euro verringert, den hätte ich ausgelacht.

Ich glaube, wir sind im Kreis auf dem richtigen Weg, dennoch müssen wir immer bei all unseren Entscheidungen die Kosten und Aufwendungen sehen.

Aber wir müssen auch investieren. 11,1 Mil. Euro sollen es bei drei großen Schwerpunkten im kommenden Jahr sein: Schulen, Kindergärten und Kreisstraßen. Hinzu kommen die Rettungsdienste und der Brandschutz mit dem Katastrophenschutz.

5,2 Mil. Euro geben wir aus zur Erhaltung der Kreisstraßen, 2,3 Mil. Euro mehr als noch in diesem Jahr. Das Land gibt uns hier mehr - also können wir auch mehr investieren.

Ja und über Schulen und Kindergärten brauche ich hier wohl nicht viel sagen, da sind wir uns alle glaube ich einig, diese Investitionen sind sehr gut angelegtes Geld für die Zukunft unserer Jüngsten und auch für den Kreis.

Den größten Nachholbedarf haben wir hier wohl bei den Kindergärten. Immer mehr Kinder unter 3 Jahren drängen hier nach und durch die Platzgarantie, die wir, und ich glaube das ist kreisweit fast in allen Kindergärten so, derzeit nicht erfüllen können. Und wenn dann noch ausschließlich Ganztagsplätze gefordert werden, kommen wir in den Kindergärten schon gar nicht mehr nach. Hier sind die Investitionen dringend geboten. Und ich glaube, hier sind die vorgesehenen 41,1 Mil. Euro für den Betrieb und die Erweiterung von Gruppen bestens eingesetzt.

In den Schulen wollen wir die Digitalisierung weiter voranbringen. Glasfaser in jeder Schule im Kreis ist unser Wille und so haben wir es im Lenkungsausschuss

Breitband beschlossen. Hoffentlich einigen sich Bund und Länder bald mit dem Bildungspakt, damit die Gelder fließen und wir mit dem Ausbau beginnen können. Es wäre dringend notwendig.

Wer sich den Haushalt angesehen hat, meine Damen und Herren, der sieht, dass wir versuchen und nicht nur versuchen, da zu sparen, wo es geht, aber auch da zu investieren wo es Sinn macht.

Noch mehr sparen als wir es im Kreis tun geht nicht. Gerade mal ein paar Euro für die Kreismusikschule und noch viel weniger Euro für die Sportförderung und die Kreisvolkshochschule leisten wir uns als freiwillige Ausgaben.

Das sind unter 0,1 % des Gesamthaushaltes.

Herr Landrat, meine Damen und Herren, wie zu Anfang gesagt, nochmals herzlichen Dank allen Haushaltsverantwortlichen beim Kreis, das habt ihr prima gemacht, wir die FWG werden dem Haushalt uneingeschränkt zustimmen.

Zu den beiden Wirtschaftsplänen des Eigenbetriebes Abfallwirtschaft wird mein Kreistagskollege Birk Utermark kurz Stellung nehmen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Haushaltsrede von Herrn Josef Winkler,
Vorsitzender der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
zum Kreishaushalt 2019 am 10.12.2018
-es gilt das gesprochene Wort!-

Herr Landrat,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

auch wir werden, ich kann es wie Bernd Hartmann vorweg sagen, dem Haushalt zustimmen.

Ein paar Anmerkungen dazu.

Es ist ja das letzte Jahr vor der Kommunalwahl. Insofern freue ich mich, dass alle noch einmal in Erinnerung rufen wer was erfunden hat und ich will nur darauf hinweisen, in der Regel wurde dann, egal wer es erfunden hat, einstimmig im Kreisausschuss und im Kreistag der Erfindung gefolgt.

Man muss sehen, wie sich das neue Kindertagesstätten-Gesetz auswirken wird, welches momentan im Landtag diskutiert und hinterfragt wird. Nicht alles was darüber in Umlauf gebracht wird ist auch tatsächlich wahr. So werden dort erstmals seit Jahrzehnten Mindeststandards festgelegt, damit eine Förderung dann überhaupt erst möglich ist. Nicht etwa ist es damit zwingend notwendig sich auf diesen Standard herab zu begeben obwohl man bereits darüber hinaus ist. Es sind keine Kürzungen geplant, wie es in dem Maße in Aussicht gestellt wird, sondern im Gegenteil, es sind erhebliche Steigerungen in den Zuschüssen zu erwarten.

Bei den Schulen, haben wir nachher noch das Goethe-Gymnasium mit einem innovativen Angebot auf der Tagesordnung aus dem Kreis der Bürgerschaft und Elternschaft, das finden wir begrüßenswert, ansonsten kommen wir natürlich der Verantwortung als Schulträger auch weiterhin nach.

Und bei dem Thema Mobilität, welches der Landrat ja auch angesprochen hat, haben wir die neue Linienbündelung, wo nach und nach im Norden von Rheinland-Pfalz und dann jetzt auch im Süden nachgezogen wird. Da haben wir gute Erfolge erzielt. Das heißt eine deutliche Angebotsverbesserung, aber das gleiche was ich letztes Jahr gesagt habe stimmt immer noch. Die Annahme durch die Bevölkerung ist mehr als bescheiden und das kann uns auch nicht vollkommen unbewegt lassen. Wenn ich alleine hier in der Kreisstadt immer zu 80-90% leere Busse herumfahren sehe, ist das ökologisch keine Verbesserung. Es ist zwar eine Angebotsverbesserung, aber da müsste möglicherweise bei den nächsten Ausschreibungen dann auch Wert darauf gelegt werden, dass nicht nur die maximale Beförderungsleistung theoretisch sondern auch die tatsächlichen Notwendigkeiten Teil der Ausschreibungen sind. Das heißt auf Deutsch gesagt, dass nicht nur der Schulbus morgens voll ist und einmal mittags und einmal nachmittags und sonst den ganzen Tag leer herumfährt, sondern möglicherweise auch noch andere Fahrzeuge angeschafft werden müssen, allein

schon aus Gründen der Feinstaubbelastung und anderer Dinge. Ich will jetzt nicht sagen, dass es automatisch geht aber man muss es einmal bedenken, weil die Bürgerinnen und Bürger verstehen es nicht, wenn sie immer die leeren Busse herumfahren sehen.

Das nur Vorneweg.

Das Thema Breitband verfolgen wir genau wie die anderen auch weiterhin gemeinsam weiter. Gut ist, dass jetzt tatsächlich auch die Gewerbegebiete mit angebunden werden können und auch die Schulen in der ersten Runde alle angeschlossen werden sollen.

Was das Thema Feuerwehr angeht, Herr Landrat, finde ich es sehr richtig, dass sie auf das Thema Klimawandel noch einmal hingewiesen haben und die neuen Herausforderungen die das gerade für den Katastrophenschutz und die Feuerwehren eben mit sich bringt. Die Starkregenereignisse, das hatten wir in diesem Jahr jetzt nicht in dem Umfang, aber die in Zukunft häufiger drohenden Waldbrände erfordern möglicherweise auch eine andere Ausstattung der Feuerwehren und der Katastrophenschutzeinheiten und das muss man auch im Blick haben.

Ich hatte mit der Umweltministerin vor kurzem noch einmal gesprochen und sie sagte auch, man braucht eigentlich heute eine Elementarschadensversicherung, egal wo man in Rheinland-Pfalz wohnt. Früher war das am Wasser oder sonst wo. Aber heute? So eine Gewitterzelle kann sich, hat man ja Anfang diesen Jahres gesehen, auch in Bitburg, an Orten wo überhaupt kein Wasser ist, bilden. Dann kommt das Wasser eben vom Himmel und die haben Hochwasserschäden allererster Güte wie wir sie vom Mittelrhein oder von der Lahn oder sonst wo kennen, obwohl da weit und breit kein Fluss ist. Man kann sich aber versichern und deshalb darf das Land da nicht entschädigen in dem Umfang wie das wäre, wenn man sich nicht versichern hätte können. Das ist wirklich ein Problem, wo wir auch in die Bürgerschaft kommunizieren müssen anders als es früher war: „Ihr müsstet euch, dort wo ihr Besitz habt, eigentlich gegen Elementarschäden versichern. Denn wenn es dann eingetreten ist, ist es zu spät und der Schaden ist nicht mehr zu beheben.“

Ansonsten, das was die Kollegen Göller und Lammert zum Bildungspaket des Bundes oder den Pakt gesagt haben. So ein Pakt funktioniert nur, wenn eingeschlagen wird und jetzt haben die Länder ihn erst einmal ausgeschlagen. Ich hoffe sehr, dass dies jetzt nicht ein dauerhafter Zustand ist, das Geld liegt jetzt schon seit 2 Jahren im Bundeshaushalt rum und verzinst sich ja im Moment nicht besonders Dolle, wie wir wissen. Sofern kann man nur sagen, es wird Zeit, dass es abgerufen wird und ich bin optimistisch, dass in den Haushaltsberatungen im nächsten Jahr Vollzug gemeldet werden kann.

Zum Thema Schlüsselzuweisung C3, das sehe ich schon ein wenig anders. Das war ja jetzt nicht überraschend, dass das den kreisfreien Städten zu Gute gekommen ist, sondern das war ja eigentlich die Absicht die dahinter stand.

Man hat aber nicht etwa den Landkreisen etwas weggenommen. Auch die Landkreise bekommen ja mehr, sie bekommen jetzt nur nicht so viel mehr als ohne die Änderung dieser Schlüsselzuweisung ihrer Erwartung nach eingetreten wäre. Man muss aber auch sehen, die kreisfreien Städte haben deutliche Mehrausgaben in

den sozialen Aufgaben im direkten Vergleich mit den Landkreisen und das konnte so nicht weitergehen. Deswegen finde ich, für uns wäre es natürlich schöner gewesen, denn was gehen uns die kreisfreien Städte an, wenn es so weitergelaufen wäre aber wenn man dann einmal volkswirtschaftlich darauf geht, konnte es so nicht weitergehen.

Aber eure Anregungen zum Ratssitzungssystem kann ich nur unterstützen, nicht nur aus ökologischer Sicht, sondern auch aus Gründen der Praktikabilität. Der Kreis Mayen-Koblenz hat seit Jahren dieses Informationssystem. Da bekommt jedes Ratsmitglied ein Tablet und muss es dann nach dem Ausscheiden wieder zurückgeben. Die haben da so ein Abonnement, alle paar Jahre werden die getauscht. Vielleicht kann jemand aus der Kreisverwaltung Mayen-Koblenz rüberschicken oder mailen, was das ganze gekostet hat und wie die Vertragsbedingungen sind.

Was das Thema Umlagesenkung angeht. Wir sind zwar damals, lieber Matthias Lammert, sehr selbstbewusst gewesen, das freut mich für dich aber wir sind auch ziemlich selbstbewusst vor die Wand gelaufen und das hat dazu geführt, dass unser Schulturnhallenkonzept dann erst im Folgejahr loslegen konnte. Und das zu wiederholen, da nutzt auch die Rechtsauffassung nichts, das sehen wir nicht ein. Das steht jetzt aber auch nicht an. In diesem Fall hat die ADD ja auch vorher schon Signale gegeben.

Kommunal- und Verwaltungsreform: Ich habe das Gutachten noch nicht durchgelesen. Da sage ich dann im nächsten Jahr etwas zu, wenn ich dann noch Mitglied im Kreistag bin.

Die Freien Wähler hatten ja eben eine Wunderheilung festgestellt, von todkrank in die Reha-Abteilung. Ich weiß nicht ob das ausreicht den Landrat zur Seligsprechung vorzuschlagen, aber (Einwurf des Landrates: Ich bin evangelisch! Geht das? Antwort Sprecher: Das geht! Bonhoeffer lässt grüßen!) aber tatsächlich ist es natürlich eine erfreuliche Entwicklung. Wir sehen natürlich, dass die Entwicklung des Kreishaushaltes in den letzten Jahren immer besser gewesen ist als die in den Kommunen. Aber wir senken ja jetzt nicht nur die 0,5%, dem werden wir auch zustimmen und die Jagdsteuer um die 95.000 per Anno. Es sind ja eine ganze Reihe weiterer Entlastungen die den Kommunen zugutekommen, die aber jetzt nicht nur vom Kreis kommen. Ich will das nur ganz kurz einmal skizzieren:

Der erhöhte Umsatzsteueranteil der Gemeinden aufgrund der 5 Milliarden Entlastung bei der Eingliederungshilfe. Der schlägt nächstes Jahr direkt zu Buche. Dann der Wegfall der Umlage Fond Deutsche Einheit der eigentlich erst für 2020 angedacht war, jetzt aber ein Jahr früher zum Tragen kommt, weil er eben getilgt ist. Die Weitergabe der Integrationspauschale des Bundes durch das Land an uns. Nicht mehr nur zu einem Drittel sondern zu 50% und wir beschließen dann ja auch, dass wir 50% von dem was wir bekommen auch an die Gemeinden weiterleiten. Also auch das eine Entlastung. Die Gewerbesteuerumlage die im nächsten Jahr um 4,3 Prozentpunkte sinkt, weil sich da etwas verändert. Im übernächsten Jahr im Jahr 2020 dann sogar um 29 Prozentpunkte, das nennt sich Bundes- und Landesvervielfältiger. Das sind alleine ab dem Jahr 2020 jährlich netto 150 Millionen Euro mehr für die kreiseigenen Kommunen in ganz Rheinland-Pfalz. Das war das Gemeindefinanzreformgesetz von vor 10 Jahren, da sind wir jetzt am Ende der

Umsetzung angekommen und das ist auch eine zusätzliche Entlastung, die sich jetzt in diesem Haushalt noch nicht abbildet aber im nächsten Haushalt der Kommunen.

Im und letztlich dann auch über das neue Landesfinanzausgleichsgesetz die höheren Schlüsselzuweisungen A. haben wir also eigentlich, wenn man so will, ein Wohlfühlpaket für die Gemeinden, das von anderen geschnürt wurde und geben jetzt einen kleinen Beitrag als Kreis im Rahmen der Beratung des Kreishaushaltes dazu.

Dem wollen wir uns als Fraktion auch nicht verschließen und stimmen daher dem vorgeschlagenen Haushaltsentwurf und der Haushaltssatzung zu. Das gleiche gilt natürlich in dem Sinne des gesagten auch für den Wirtschaftsplan des Forstwirtschaftswerks und dem Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Abfallwirtschaft.

Wir bedanken uns noch einmal bei allen die diesen Haushalt aufgestellt haben aber auch bei den anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die gute Zusammenarbeit im abgelaufenen Jahr. Ich möchte auch betonen bei den Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Fraktionen, es ist eine sehr harmonische Zusammenarbeit und mal sehen wie wir dies nächstes Jahr über den Wahlkampf retten können.

Ich wünsche eine weitere schöne Haushaltsberatungswoche, eine schöne Adventszeit und einen guten Rutsch ins neue Jahr wenn sie das Weihnachtsfest überlebt haben.

Vielen Dank!

Haushaltsrede von Herrn Oliver Sacher,
stv. Vorsitzender der LKR-Kreistagsfraktion
zum Kreishaushalt 2019 am 10.12.2019
- es gilt das gesprochene Wort! -

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Damen und Herren,

auch in diesem Jahr möchten wir uns bei Herrn Menche und Frau Holl und deren Team für die Erstellung des Haushaltsplanes 2019 bedanken. Der Dank gilt selbstverständlich auch allen Mitarbeitern der Verwaltung, die hierbei Ihren Beitrag geleistet haben. Aber nicht nur die Erstellung eines Haushaltsplanes ist zu würdigen, auch die Ausrichtung der täglichen Arbeit am jeweils aktuellen Haushaltsplan bedarf der Disziplin und der ständigen Überprüfung aller Sachverhalte und hat somit auch unsere Anerkennung verdient.

Und da wären wir auch schon bei genau dem Punkt, der uns nach jetziger Prognose bis weit in die 30er Jahre begleiten wird: Das negative Eigenkapital. In der freien Wirtschaft oft Vorbote einer drohenden Insolvenz, Bonitätsnoten werden herabgestuft, Banken vergeben nur noch teure oder gar keine Kredite mehr. Dem Rhein-Lahn-Kreis droht all dies glücklicherweise nicht, dennoch haben wir uns verpflichtet, den Abbau des negativen Eigenkapitals mit hoher Priorität weiter zu verfolgen. In den vergangenen Jahren ist dies durch eine vernünftige und disziplinierte Haushaltsführung auch gelungen. Dies ist unter anderem auch einer großen, parteiübergreifenden Zustimmung bezüglich der gesetzten Konsolidierungsziele geschuldet.

Auch der geplante Abbau von Liquiditätskrediten wird uns noch viele Jahre begleiten. Laut ursprünglichem Haushaltsplan für 2019 war hier ein kontinuierlicher Ausgleich bis Ende 2027 geplant, also ein Jahr nach Ablauf der 15-jährigen Programmlaufzeit des Kommunalen Entschuldungsfonds Rheinland-Pfalz. Die aktualisierten Zahlen lassen davon ausgehen, dass uns dieses Thema aber noch über 2030 hinaus beschäftigen wird.

Allerdings begleiten uns bei diesen Vorhaben nach wie vor die Risiken von steigenden Zinsen. Seit steigende Zinsen und ein starker Dollarkurs die nunmehr primären Waffen der US-Politik sind, ergeben sich auch für unsere Wirtschaft nur

schwer absehbare Folgen. Zudem hat es die EURO-Währungspolitik - von den erheblichen Verwerfungen innerhalb der EURO-Zone einmal abgesehen - nicht geschafft, das globale Potential des EURO auszuschöpfen, den europäischen Kapitalmarkt zu stärken und so dem Dollar Konkurrenz zu machen.

Hinzu kommen zum Teil auf Bundesebene hausgemachte Probleme als Folge von Dieselfahrverboten, eine dadurch noch nicht absehbare Schwächung der heimischen Automobilindustrie und deren Zulieferer, hohe Energiepreise, Fachkräftemangel, stetig steigende Sozialausgaben und seit Jahrzehnten vor sich hergeschobene Reformen in den Bereichen Gesundheit und Rente.

All die genannten Probleme haben direkt oder indirekt Auswirkungen auf unsere Planungen, halten uns aber nicht davon ab, konsequent die uns gestellten Aufgaben zu erfüllen und unsere strategischen Ziele weiter im Fokus zu behalten.

So haben die vom Landrat einberufenen Kreisgesundheitskonferenzen einen Dialog zwischen den im Kreis ansässigen Akteuren im Bereich der Gesundheitsversorgung ermöglicht.

Obwohl es nicht die eigentliche Aufgabe des Kreises ist, die ärztliche Versorgung zu gewährleisten, sind gerade solche pragmatischen Initiativen - sicher auch in anderen Bereichen - auch in Zukunft notwendig, um den Lebenswirklichkeiten gerecht zu werden. Das Bundesverfassungsgericht hat vor einem knappen Jahr mit seiner Entscheidung die Länder gezwungen, ein neues Auswahlverfahren für die Studienplatzvergabe auszuarbeiten. Diese Änderungen im Auswahlverfahren wurden letzten Donnerstag von der Kultusministerkonferenz als Staatsvertrag entworfen. Schaut man aber hinter die Kulissen, so zeigt sich allerdings, dass es sich hier aus unserer Sicht nur um eine Reform der Mangelverwaltung handelt. Maßnahmen, um zusätzliche Studienplätze zu schaffen, waren nach unseren Informationen hierbei leider kein beherrschendes Thema.

Sowohl die Gesundheitsvorsorge als auch ein gesonderter Antrag der CDU-Fraktion zur Einführung eines Medizinstipendiums stehen heute noch im Folgenden auf der Tagesordnung.

Für die Aufwendungen von Sach- und Dienstleistungen durch den Kreis werden für 2019 22,9 Mio. EUR geplant. Den größten Anteil von ca. 39% (8,9 Mio. EUR) nimmt hier die Beförderung zu Kindertagesstätten und Schulen ein. Trotz

rückläufiger Anzahl der zu befördernden Schüler steigt der logistische Aufwand durch differenzierte Schulwege stetig, im Vergleich zu 2018 um ca. 520.000 EUR.

Der zweitgrößte Anteil mit ca. 30% (6,9 Mio. EUR) wird für Schulen in den Haushalt eingestellt. Auch in 2018/2019 – sind die Schülerzahlen im Rhein-Lahn-Kreis gesunken, einzig die Schülerzahl der Privatschulen ist um ca. 5% gestiegen. Das Turnhallenkonzept wird weiter umgesetzt, begleitend zu den hier geplanten energetischen Sanierungen wird auch die Umsetzung von erweiterten Brandschutzmaßnahmen realisiert.

Der drittgrößte Bereich mit ca. 12% (2,8 Mio. EUR) wird der Unterhaltung der Kreisstraßen zugeordnet, hier hat sich auch die Beibehaltung des Haushaltsansatzes für Kleinmaßnahmen im Kreisstraßenbau von 500.000 EUR erneut bewährt.

Der Breitbandausbau stellt sich als immer wichtigere Herausforderung dar. Während auf bundespolitischer Ebene werbewirksam von „Deutschland als künftigen Digitalweltmeister“ laut geträumt wird, bleibt einem im Alltag oft das Lachen im Halse – besser gesagt „in der Leitung“ – stecken.

Bezüglich des Anteils von Glasfaseranschlüssen liegt Deutschland im OECD-Vergleich, welcher im Durchschnitt bei 22,3 % liegt, mit 2,1 % erheblich zurück. Alleine im europäischen Vergleich in 2016 befinden wir uns auf Platz 28 von 32. Staaten wie z.B. Japan mit 76,2 % und Lettland mit 62,3% führen die deutschen „Weltmeister-Phantasien“ ad absurdum. Was die Verfügbarkeit von LTE betrifft, sind wir im europäischen Vergleich weit abgeschlagen auf dem letzten Platz.

Lediglich ein massiver Rückbau in allen anderen Ländern könnte uns hier zum Weltmeister-Titel verhelfen. Zudem verlieren wir durch die aktuelle Förderalismus-Debatte in Bezug auf die Gesetzesänderungen zum Digitalen Bildungspakt wertvolle Zeit. In diesem Falle machen zweckgebundene Förderungen durch den Bund aus unserer Sicht durchaus Sinn.

Im Haushalt 2019 hat der Kreis für die Erschließung der in kommunaler Trägerschaft stehenden Schulen 2 Mio. EUR bereitgestellt. Ziel ist eine Verfügbarkeit von 30 Mbit/s je Klassenzimmer, was pro Schüler gerade einmal 1 Mbit/s bedeutet. Allerdings ist dies als erster Schritt zu sehen und somit auch zu unterstützen, zur Zeit steht in den meisten Klassenzimmern überhaupt keine Internetanbindung zur Verfügung. Der Kreis hat schon in den vergangenen

Jahren bezüglich des Breitbandausbaus bewiesen, dass er solche Projekte erfolgreich koordinieren und durchführen kann.

Bleibt zu hoffen, dass unsere Bemühungen, nun auch die Schulen anzubinden, nicht am politischen Versagen auf höheren Ebenen scheitern wird. Denn im Grunde hätten die nun angekündigten Maßnahmen bereits vor 10 Jahren durchgeführt werden müssen.

Mit der über alle Fraktionen hinweg gemeinsam geplanten Senkung der Kreisumlage um einen halben Prozentpunkt, geben wir den Kommunen einen weiteren, dringend benötigten finanziellen Spielraum. Im Gegensatz zur letzten Senkung wird es von Seiten der ADD diesmal keine Beanstandungen geben, da unser Vorhaben im Voraus abgestimmt wurde.

Auch die Reduzierung der Jagdsteuer um 50% auf 10% findet unsere Zustimmung. Grundsätzlich hätten wir uns von der LKR-Fraktion auch für eine komplette Abschaffung der Jagdsteuer ausgesprochen, da diese aus unserer Sicht nicht mehr zeitgemäß ist und in vielen anderen Bundesländern bereits grundsätzlich abgeschafft wurde. In Verbindung mit der Senkung der Kreisumlage und der allgemein angespannten Haushaltssituation sehen wir aber die Reduzierung um 50% als vernünftigen Kompromiss an, dem wir uns gerne anschließen.

Neben den zuvor genannten Punkten findet der vorgelegte Haushalt für 2019 auch im Allgemeinen die Zustimmung der LKR-Fraktion. Ebenso stimmen wir den Plänen Fortwirtschaft und Abfallwirtschaft zu.

Erlauben Sie mir noch eine abschließende Bemerkung. In den letzten 4 ½ Jahren war die Arbeit hier im Kreistag und in den Ausschüssen geprägt von pragmatischer Sacharbeit, wobei immer im Fokus stand, die uns zu Verfügung stehenden Mittel so einzusetzen, dass die Bürger hier im Rhein-Lahn-Kreis auch einen tatsächlichen und nachhaltigen Nutzen davon haben. Rein parteipolitisch motivierte Scharmützel, wie wir sie aus den Landtagen und aus dem Bundestag kennen, sind uns glücklicherweise erspart geblieben und es bleibt zu hoffen, dass die Kommunalwahl im Frühjahr nächsten Jahres hier keinen Abbruch tut. Sehr geehrter Herr Landrat, das von Ihnen wohl am meisten genutzte Wort in den vergangenen Jahren dürfte das Wort „gemeinschaftlich“ sein. Sie haben dieses Wort nicht nur häufig genutzt, sondern es auch gelebt, wie die zahlreichen

gemeinschaftlich getragenen Beschlüsse in wichtigen Themen und auch die generell parteiübergreifend gute Zusammenarbeit gezeigt haben. Hierfür möchten wir uns bedanken und wünschen Ihnen und Ihren Familien, sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Damen und Herren, eine besinnliche Weihnachtszeit und für das neue Jahr alles Gute, Gesundheit und Zufriedenheit.

Haushaltsrede von Frau Monika Becker,
Sprecherin der FDP im Kreistag,
zum Kreishaushalt 2019
am 10.12.2018
-es gilt das gesprochene Wort!-

Sehr geehrter Herr Landrat, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen,

auch für das Haushaltsjahr 2019 legt uns die Verwaltung einen Haushalt vor, der einen Jahresüberschuss aufweist. Dadurch sind wir in der Lage, den Schuldenabbau voranzutreiben und auf einem guten Weg, unseren Kreis durch eine solide Haushaltskonsolidierung zukunftsfest zu machen!

Gleichzeitig müssen wir festhalten, dass eben dieser Jahresüberschuss mit 1,12 Mio. Euro weit unter den Jahresüberschüssen der vergangenen Jahre liegt. Hinzu kommt, meine Damen und Herren, dass die guten Ergebnisse auf der Einnahmeseite auch der im Allgemeinen sehr guten konjunkturellen Lage, der Null-Zins-Politik und nicht zuletzt der fairen Unterstützung durch das Land zu verdanken sind.

All diese Faktoren sind dynamisch und können deshalb in Zukunft nicht selbstverständlich als Grundlage für die Haushaltsplanungen einfach so vorausgesetzt werden. Ich appelliere daher an uns alle, meine Damen und Herren, dass wir der sehr angespannten finanziellen Situation, über die auch der Jahresüberschuss keinesfalls hinwegtäuschen darf, Rechnung tragen, indem wir den Haushalt mit aller gebotenen Vorsicht und Zurückhaltung und unter Einplanung aller möglichen Risiken aufstellen. Nur so können wir unserer Verantwortung, in die wir von den Bürgerinnen und Bürgern unseres Kreises gewählt wurden, gerecht werden.

Vor diesem Hintergrund bereitet es mir schon Sorgen, dass der von mir bereits angesprochene Jahresüberschuss in diesem Jahr nicht nur deutlich geringer ausfällt als ursprünglich prognostiziert, sondern dass wir aller Voraussicht nach im Jahr 2021 gar einen Fehlbetrag verbuchen werden müssen. Sie sehen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass es noch viel zu tun gibt und dass wir gar keine andere Wahl haben, als auch in Zukunft durch eine konservative Haushaltspolitik Schritt für Schritt aus der Überschuldung herauszukommen.

Neben diesem Ziel muss der Kreis natürlich seinen Aufgaben nachkommen und notwendige Investitionen tätigen. Ich bin überzeugt, dass wir hierbei die richtigen Schwerpunkte setzen, um den Rhein-Lahn-Kreis auch in Zukunft als einen lebenswerten Standort positionieren zu können. Dementsprechend müssen wir unsere Standortfaktoren nicht nur erhalten, sondern stetig verbessern, damit wir sowohl für Unternehmen als auch für junge Familien eine attraktive Heimat bieten können. Auf diese sind wir nämlich angewiesen, meine Damen und Herren, um den gesellschaftlichen Entwicklungen wie dem demografischen Wandel und dem unaufhörlichen Erstarken der städtischen Regionen etwas entgegensetzen zu können.

Wir investieren 9,5 Mio. Euro in den Betrieb und die Unterhaltung von Schulen und Sporthallen – unser vor zwei Jahren beschlossenes Sporthallenkonzept wird fortgeführt: Das ist gut so.

Wir investieren 41,1 Mio. Euro alleine in den Betrieb und die Erweiterung von Gruppen in Kindertagesstätten, also rund 20 % der gesamten laufenden Aufwendungen des Kreishaushalts. Das zeigt, dass wir die richtigen Prioritäten setzen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Außerdem investieren wir 17,3 Mio. Euro in die Mobilität der Bürgerinnen und Bürger – ein enorm wichtiger Faktor, gerade im ländlichen Raum. Diese 17,3 Mio. Euro fließen unmittelbar in die Kreisstraßen, den öffentlichen Personennahverkehr sowie in die Beförderung zu Kitas und Schulen.

Neben dem Straßenbau ist die digitale Infrastruktur mindestens von gleicher Bedeutung. Auch hier haben wir einen klaren Kurs: Der Breitbandausbau wird fortgeführt und immerhin 2,0 Mio. Euro können für die Erschließung der in kommunaler Trägerschaft stehenden Schulen mit 30 Mbit/s je Klassenzimmer verwendet werden.

Darüber hinaus führen wir das aus meiner Sicht absolut erfolgreiche Projekt kreisweiter Breitbandausbau fort. Nachdem die erste Stufe – 98% Abdeckung mit 30 Mbit – erfolgreich abgeschlossen ist, gehen wir jetzt an die zweite Stufe: die Ausstattung der kreiseigenen Schulen und die Ermittlung und Versorgung der sog. „Weißen Flecken“ – zum Teil Gewerbegebiete, aber auch Aussiedlerhöfe.

Ich hoffe, dass es auch dieses Mal gelingt, die Kräfte der gesamten kommunalen Familie zu bündeln und wieder ein „Gemeinschaftsprojekt“ unter Koordinierung des Kreises hinzubekommen.

Das Themenfeld der digitalen Infrastruktur ist heute wichtiger denn je, da sind wir uns sicher einig, liebe Kolleginnen und Kollegen! Daher muss es auch unser Ziel sein, die Investitionen in diesem Bereich erhöhen zu können, um den Rhein-Lahn-Kreis als ländlich geprägten Raum zukunftsfest zu machen!

Wir sehen, es gibt noch einiges zu tun, aber – und das wiederhole ich an dieser Stelle gerne noch einmal – ich bin sicher, dass wir auf einem guten Weg sind!

Dennoch – und gerade in Anbetracht der anstehenden Herausforderung der Haushaltskonsolidierung – gibt es aus meiner Sicht einige Entwicklungen, meine Damen und Herren, die ich nicht für zielführend halte und die ich auch aus grundsätzlicher Überzeugung ablehne: Ich meine den zunehmenden Trend unseres Kreises, Aufgaben, die privatwirtschaftlich erledigt werden, zu rekommunalisieren. In der Abfallwirtschaft haben wir es bereits vollzogen. Bei der Reinigung der Schulen und des Kreishauses ist die Umsetzung bereits beschlossene Sache.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, uns allen ist doch „Privat vor Staat“ bekannt. Er sollte uns aber nicht nur bekannt, sondern vielmehr eine Maßgabe sein. Wann immer Private in der Lage sind, günstiger und effizienter zu leisten als der Staat, sind diese auch mit den entsprechenden Aufgaben zu betrauen!

Meines Wissens gab es bei der Entscheidung zur Rekommunalisierung der Reinigungskräfte der Schulen diese Abwägung ernsthaft nicht. Zumindest gab es keine begründete Kritik an der Leistung der privaten Reinigungskräfte, die sich etwa in Form von Mängelrügen oder anderen, nachweisbaren Formen von Kritik deutlich gemacht hätten.

Meine Damen und Herren, das ist nicht in Ordnung.

Hier sollte der Slogan des Kreises: „Wir bringen's. Zusammen!“ - auf den Sie, Herr Landrat, ja besonders stolz sind - genauso Gültigkeit haben, wie in anderen Bereichen. Zumindest wäre es in diesem Sinne ein Gebot der Fairness gewesen den ausführenden Unternehmen die Chance zu geben, auf entsprechende Kritik zu reagieren.

Herr Landrat, meine Damen und Herren, Sie werden verstehen, dass ich dies für nicht verantwortbar halte gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern unseres Kreises als auch gegenüber den hier ansässigen Unternehmen. Dies insbesondere vor dem Hintergrund eines härter werdenden Konkurrenzkampfes zwischen den ländlichen Räumen und den Ballungsgebieten.

Trotz dieser Kritik, betone ich hier noch einmal, dass ich den Rhein-Lahn-Kreis insgesamt auf dem richtigen Weg zur Haushaltskonsolidierung sehe. Im Besonderen ist hier die Fortführung der Tilgung der Liquiditätskredite positiv hervorzuheben. Wir gehen die richtigen Schritte, liebe Kolleginnen und Kollegen. In Anbetracht dieser positiven Entwicklung freut es mich, dass wir auch unserer Verantwortung innerhalb der kommunalen Familie, gegenüber den Gemeinden des Rhein-Lahn-Kreis nachkommen und sie

an der positiven konjunkturellen Gesamtsituation, in der wir uns nach wie vor befinden, teilhaben lassen. Die Senkung der Kreisumlage um 0,5 % ist unmittelbar in unseren Gemeinden spürbar und kommt auf diesem Wege auch den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort zu Gute. Auch nehme ich die Senkung der Jagdsteuer um 10 % auf 10 % erfreut zur Kenntnis. Es ist richtig und wichtig, dass wir gerade als Mitglieder des Kreistages unserer Funktion Rechnung tragen und die Menschen in unseren Dörfern und Städten unterstützen!

Abschließend möchte ich mich bei Ihnen, Herr Landrat, vor allem aber auch bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Finanzverwaltung, herzlich für die Verwaltungsvorlage zum Haushaltsplan bedanken!

Wir verfolgen einen zukunftsorientierten und seriösen Haushaltsplan und ich meine, wir sollten auch in den kommenden Jahren genau daran anknüpfen und den Rhein-Lahn-Kreis gemeinsam mit unseren Bürgerinnen und Bürgern zukunftsfest und lebenswert gestalten!

Ich stimme für die FDP der HH-Satzung, dem HH-Plan sowie dem Abfallwirtschaftsplan und dem Forstwirtschaftsplan zu.

Haushaltsrede von Herrn Ulrich Lenz,
Sprecher Die LINKE im Kreistag,
zum Kreishaushalt 2019
am 10.12.2018
-es gilt das gesprochene Wort!-

Sehr geehrter Herr Landrat Puchtler,
sehr geehrte Beigeordnete,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen Kreistagsmitglieder,
liebe Gäste,

zuerst möchte ich mich bei unserem Kreis-Kämmerer, Herrn Menche, und seinem Team für den wie immer gut vorbereiteten Haushaltsentwurf bedanken – der diesmal durch die kurzfristige und unvernünftige Reduzierung der Kreisumlage um ca. 670T € - bzw. 0,5%, erschwert wurde.

Ich war schockiert, wie ich das vorletzten Sonntag bei der Bearbeitung der heutigen Unterlagen gelesen habe. Dazu kommt noch die Reduzierung der Jagdsteuer, einer reinen Reichensteuer, von 20% auf 10%. Oder kennt hier jemand einen Arbeiter, der diese Steuer bezahlen muss?

Zugegeben, laut Plan reduzieren sich die Kreisschulden trotzdem weiter. Aber sobald es finanziell besser läuft wird immer nur an die Senkung von Abgaben gedacht - ohne an die Zukunft zu denken.

Wir könnten momentan den Schuldenstand intensiver reduzieren, eventuell sogar einige freiwillige Leistungen erhöhen - ohne Angriffe auf unsere Haushaltshoheit zu provozieren. Aber nein - die Kreisumlage wird gesenkt. Und sobald die positive Finanzlage vorbei ist wird wieder groß gejammert, das kein Geld da ist.

Ich protestiere gegen die Senkung der Kreisumlage.

Denn: Ein Großteil der Menschen ist auf einen funktionierenden Staat angewiesen. Einzig eine kleine, reiche Oberschicht braucht ihn nicht. Wie soll eine Solidargemeinschaft ohne staatliche Finanzierung funktionieren? Wie ich als Einziger heute erst erfahren habe, hat die ADD mündlich ihre voraussichtliche Zusage zum Haushalt gegeben. Aber mündlich ist nicht schriftlich - und ich habe meine Zweifel, dass die ADD die Senkung der Kreisumlage ohne Streichungen akzeptieren wird. Es ist möglich, dass wir unsere freiwilligen Leistungen, z.B. für Sportanlagen, reduzieren müssen. Sie wird sich ganz genau unsere Pflichtaufgaben ansehen.

Was lässt sich beim Schul- und KiTa-Ausbau streichen?

Wo müssen kaputte Straßen noch nicht erneuert werden?

Wo können bei den jetzt schon unterbesetzten Behörden Beschäftigte entlassen werden?

Von den notwendigen Sozialleistungen will ich jetzt erst gar nicht sprechen.

Auch in Bezug auf unseren Haushalt nehme ich jetzt Bezug auf einige der Anträge der heutigen Sitzung:

Antrag I. 5A: Multifunktionshalle Goethe-Gymnasium Bad Ems: Ich finde es beschämend, dass der Kreis sich diese Halle von einem Förderverein bezahlen lässt. Geschätzte Kosten 750T €. Gut, den Unterhalt in Höhe von 16T € will der Kreis übernehmen – sofern die ADD dies erlaubt.

Antrag I. 5B: Übernahme des Schulgebäudes Gymnasialstraße 8 in Lahnstein: Kosten 100T € - sofern die ADD zustimmt.

Und jetzt 2, nach meinem Kenntnisstand, freiwillige Leistungen:

Antrag I. 6: Feuerwehrwerkstatt: Kosten ca. 52T € - was sagt die ADD dazu?

Antrag I. 9B: Rhein-Lahn-Ärzte-Nachwuchsprogramm: eine extrem wichtige Aufgabe, Kosten ca. 50T € - wird die ADD dies genehmigen?

Glaubt hier jemand, dass der Kreis dafür Spenden zur Finanzierung von Privatpersonen bekommt? Der Kreis hat unter anderem folgendes strategisches Ziel: Der Rhein-Lahn-Kreis führt verantwortungsvoll seinen Haushalt und passt diesen bedarfsgerecht an. Schon allein durch die heutigen Anträge steigen die Verpflichtungen des Kreises um ca. 218T € - ohne dabei die Emser Multifunktionshalle, die meines Erachtens Aufgabe des Kreises wäre, zu berücksichtigen. Kein verantwortungsvoller Mensch kann Kostensteigerungen bei gleichzeitig sinkenden Einnahmen genehmigen - geschweige denn unsere ADD.

Das bedeutet auch, dass die gewählten Gremien, also der Staat, weniger Verantwortung für seine Bürgerinnen und Bürger übernehmen will. Das bedeutet auch eine Abkehr von demokratischen Strukturen. Eventuell mehr private Initiativen durch die Wenigen, die sich dies leisten wollen. Und dies mit welchem Hintergedanken? - Das wäre jetzt Spekulation, wahrscheinlich aber um den eigenen Einfluss zu steigern. Ich weiß nicht, ob hier jemand einen einer Demokratie unwürdigen neuen Feudalismus wünscht. Ich will es zumindest nicht.

Deswegen lehne ich den Kreishaushalt 2019 unter Protest ab.

Und fordere alle Mitglieder des Kreistages auf, dies auch zu tun. Auch bitte ich – wie jedes Jahr - alle Kreistagsmitglieder, mit ihren Bundes- bzw. Landtagsabgeordneten zu reden und auf die Dringlichkeit einer Finanzierungsreform – nicht nur der Kommunen und Kreise – hinzuweisen. Wenn man sieht, wie im Bundeshaushalt ohne Sinn und Verstand die Rüstungsausgaben um Milliarden erhöht werden, dabei

Steigerungen der sozialen Ausgaben im Millionenbereich angeblich nicht realistisch sind, z. B. für Menschen die keinen Job finden und durch Hartz4 drangsaliert werden... da fehlen mir die Worte, wie man dann von Verantwortung sprechen kann.

Da ich finde, dass unser Kreistag auch verantwortungsvoll sein kann – wenn er will - beantrage ich die Anträge I. 2. a-d einzeln abzustimmen.

Den Wirtschaftsplänen Eigenbetrieb Abfallwirtschaft sowie Forstwirtschaft werde ich zustimmen: Die Zahlen wurden in den Unterlagen - und heute hier - schon sehr gut erläutert.

Zu der Integrationspauschale hätte ich eine Nachfrage:

Wie kann der Verteilungsschlüssel der Gelder sich an der Einwohnerzahl orientieren und nicht an der Anzahl der zu integrierenden und zu betreuenden Menschen? Ich schätze, dass es da von Kommune zu Kommune prozentuale Unterschiede zwischen Bevölkerung und zu Betreuenden gibt, was nach meinem Verständnis auch eine unterschiedliche finanzielle Unterstützung bedeuten würde.

Ich wünsche Ihnen eine geruhsame, friedliche und stimmungsvolle Weihnachtszeit. Ich bitte Sie aber auch, an unsere Mitmenschen zu denken - auch in den Krisengebieten unseres Planeten.

Uns hier im Kreistag, die wir über Menschen entscheiden: Uns geht es relativ gut. Anderen Menschen in unserem Land – aber auch den vielen Leidenden in Kriegs und Krisengebieten - sowie auf ihrer Flucht davor - nicht. Damit wir auch in Zukunft den Rechtsrahmen haben, uns für alle Menschen einsetzen zu können, bitte ich alle hier vertretenen Entscheidungsträger, dies bei den heutigen und allen zukünftigen Entscheidungen zu bedenken.